

## **7 Tagesordnung**

***Beginn Tagesordnung: 13.35 Uhr.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Die Fragestunde ist jetzt um, wie immer werden alle anderen noch offenen Fragen schriftlich an die Mandatar:innen ergehen. Ich darf Sie jetzt noch bitten, die Gemeinderatstagesordnung zur Hand zu nehmen, und ich danke auch an alle Klubobleute für das Drüberschauen, welche Tagesordnungspunkte en bloc abgestimmt werden können. Wenn alle die Tagesordnung vor sich haben, en bloc abgestimmt und einstimmig auch beschlossen sind in der öffentlichen Tagesordnung die Tagesordnungspunkte 7, 8, 9, 11, 12 und 13, und in der nicht öffentlichen Tagesordnung sind es die Tagesordnungspunkte 1 und 2. Somit darf ich zum Tagesordnungspunkt 1 kommen, Berichterstatterin ist Frau Gemeinderätin Frau Daniela Katzensteiner. Hier geht es um die Richtlinien des Gemeinderates vom 1. Juli für die städtische Kommunikation.

**en bloc:**

**7.1 Stk. 7) A8-40946/2008/0103**

**Green Tech Cluster Styria GmbH,  
Richtlinien für den Vertreter der Stadt Graz  
in der Generalversammlung  
gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Feststellung des Jahresabschlusses 2021**

Die Vertreterin der Stadt Graz in der Generalversammlung der Green Tech Cluster Styria GmbH, Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner, wird ermächtigt, in der ordentlichen Generalversammlung am 24.5.2022 im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zu TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung
2. Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 9.11.2022
3. Zu TOP 4 und 5 Zustimmung zum Bericht und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021
4. Zu TOP 6 – Zustimmung zur Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 181.230,93 Euro Vortrag auf neue Rechnung
5. Zu TOP 7 – Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung für 2021
6. Zu TOP 8 – Zustimmung zur Bestellung der LBG zur Wirtschaftsprüferin für die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses 2022
7. Zu TOP 9 – Zustimmung zur Änderung der Regelung für sensible Kosten in Punkt 3. – Unterstützung klimafreundliche Mitarbeitendenmobilität

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.2 Stk. 8) A8-19542/2006/0189**

**steirischer herbst festival gmbh,  
Richtlinien für die Generalversammlung  
gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Stimmrechtsermächtigung**

Der Vertreter der Stadt Graz in der steirischer herbst festival gmbh, Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird gemäß § 87 Abs. 4 des Statutes des Landeshauptstadt Graz LGBl.130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 118/2021 ermächtigt, im Umlaufweg folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gemäß § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021
3. Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021
4. Zustimmung über die Bestellung des Jahresabschlussprüfers auf Vorschlag des Aufsichtsrates der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2022f (Steirische Prüfungs- und Beratungs-GmbH, Graz)

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.3 Stk. 9) A8-018026/2006/0159**

**KIMUS Kindermuseum Graz GmbH,  
Jahresabschluss zum 31.12.2021:  
Stimmrechtsermächtigung für den  
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4) des  
Statuts der Stadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der KIMUS Kindermuseum Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner MBA, wird ermächtigt, im Umlaufwege folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der Art der Beschlussfassung auf schriftlichem Wege gemäß § 34 Abs. 2 GmbHG wird zugestimmt.
2. Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 mit einem Jahresfehlbetrag von -1.999.906,42 Euro und einen Bilanzgewinn/Bilanzverlust von 0,00 Euro.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.
4. Beschlussfassung über die Abberufung folgender Aufsichtsratsmitglieder:  
Mag. Günter Hirner  
Tatjana Kaltenbeck-Michl  
Mag.<sup>a</sup> Luise Kloos  
Dr.<sup>in</sup> Daisy Kopera  
Mag.<sup>a</sup> Marie Theres Stampft  
Vanessa Trattner  
Daniela Lang (vorgeschlagen für die Wiederwahl als Ersatzmitglied)
5. Beschlussfassung über die Bestellung folgender Personen als Ersatzmitglieder in den Aufsichtsrat:  
Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Christine Braunersreuther  
Mina Naghibi  
DI<sup>in</sup> Zeynep Aygan-Romaner  
Fabian Scheipel,  
MSc Doris Kirschner  
Mag.<sup>a</sup> Theresia Eisei-Eiseisberg  
Daniela Lang

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.4 Stk. 11) A8/4-90392/2021**

**städt. Gdst. Nr. 256/16 und 256/17, KG Webling, Alte Poststraße 412 – freiwillige Feuerwehr Graz (Wache Süd), Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit zur Errichtung und zum Betrieb einer Alu-Mini-Kabelstation auf immerwährende Zeit, Antrag auf Zustimmung**

Der Energienetze Steiermark GmbH wird die grundbücherliche Dienstbarkeit zur Errichtung und zum Betrieb einer Alu-Mini-Kabelstation inkl. Leitungen auf einer ca. 28 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des städtischen Gdst. Nr. 256/17, EZ 276, KG 63125 Webling, sowie einer Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens für die Erreichbarkeit der Kabelstation auf den städt. Gdst. Nr. 256/16, EZ 838, und Nr. 256/17, EZ 276, je KG Webling, welche im beiliegenden Plan vom 04.08.2021 in rot und grün (Kabelstation) und braun (Zufahrt) eingezeichnet sind, auf immerwährende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.5 Stk. 12) A8/4-32418/2022**

**Emil-Ertl-Gasse, Verkauf einer ca. 85 m<sup>2</sup> großen Teilfläche und einer ca. 6 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 20/11, EZ 50000, KG St. Peter**

1. Der Verkauf einer ca. 85 m<sup>2</sup> großen Teilfläche und einer ca. 6 m<sup>2</sup> großen Teilfläche- des Gdst. Nr. 20/11, EZ 50000, KG St. Peter zu einem Gesamtkaufpreis von 29.939 Euro wird zu den Bedingungen der beiden Vereinbarungen, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bilden, genehmigt.

2. Die Käufer verpflichten sich, den Kaufpreis nach Genehmigung des Gemeinderates und des Stadtsenates, jedoch vor grundbuchsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages bzw. bei Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG vor Einreichung des Antrages auf Herstellung der Grundbuchsordnung auf das Konto bei der BAWAG, IBAN: AT26 1400 0862 1006 1039, BIC: BAWAATWW, lautend auf Magistrat Graz, Stadthauptk. zu entrichten.
  
3. Der Kaufpreis in der Höhe von 29.939 Euro ist wie folgt zu vereinnahmen:  
16.466 Euro      A 8/4 – Abteilung für Immobilien (55 %)  
13.473 Euro      A10/1 – Straßenamt (45 %)

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

- |  |   |
|--|---|
| <b>7.6 Stk. 13) A10/BD-026280/2021/0005<br/>A10/8-027744/2021/0004<br/>A10/5-85998/2022/0001<br/>A8-141818/2021/0015</b> | <b>Sanierung bzw. Straßen- und Grünraumgestaltung der „Nebenfahrbahn Kärntner Straße“ (Verbindungsstraße zwischen dem Grillweg und der Kärntner Straße)</b><br><b>1. Projektgenehmigung in Höhe von 900.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023,</b><br><b>2. Finanzmittelverschiebung im Rahmen Projektgenehmigung „Münzgrabenstraße“ im ICF Bereich in Höhe von 50.000 Euro,</b><br><b>3. Budgetvorsorge über 850.000 Euro im Jahr 2022 im ICF</b> |
|--|---|

1. Die Projektgenehmigung „Nebenfahrbahn Kärntner Straße“ in Höhe von 900.000 Euro wird wie folgt erteilt:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Mai 2022

Jahr	Betrag
2022	850.000,-
2023	50.000,-
<b>Summe</b>	<b>900.000,-</b>

Zur Bedeckung wird von der Projektgenehmigung „Münzgrabenstraße“ ein Betrag in Höhe von 874.500 Euro umgeschichtet und von dem Vorhaben „Platzbereich Hotel Marko“ ein Betrag in Höhe von Euro 25.500 umgeschichtet.

2. Der Finanzmittelverschiebung im Rahmen der Projektgenehmigung „Münzgrabenstraße“ in Höhe von 50.000 Euro von 2022 auf 2023 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.060000	12203810	Münzgrabenstraße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220381	-50.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-50.000	

3. Budgetvorsorge über 850.000 Euro im Jahr 2022 im ICF

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.060000	12203810	Münzgrabenstraße / Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220381	-824.500	
220	612000	1.060000	12203140	Platzbereich Hotel Marko/ Im Bau befindliche Grundstückseintr.	D.220314	-25.500	
220	612000	1.060000	12203970	Nebenfahrbahn Kärntner Straße/ Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.220397	+850.000	

4. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden Umsetzung bevollmächtigt

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Katzensteiner, BA**

**7.7 Stk. 1) KOM 003013/2004/0003      Richtlinien des Gemeinderates vom  
1. Juli 2022 für städtische Kommunikation**

**GR<sup>in</sup> Katzensteiner:**

Geschätzter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher im Livestream. Ich freue mich sehr, dass ich heute dieses wichtige Stück, die Richtlinien für die städtische Kommunikation, vorstellen darf. Besonders bedanke möchte ich mich hier bei den Mitarbeiter:innen der Kommunikations- und der Präsidialabteilung für die Ausarbeitung. Die Informationsbereitstellung und Kampagnen sowie Werbetätigkeiten stellen einen wichtigen Bereich bezüglich der Kommunikationstätigkeit der Stadt Graz dar. Durch die Richtlinien wird es ermöglicht, Kampagnen und Schaltungen Corporate Design-konform und kosteneffizient aufeinander abzustimmen und eingesetzte Ressourcen mit dem größtmöglichen Kommunikationserfolg zu platzieren. Durch den einheitlichen Auftritt ist eine Stärkung des Wiedererkennungswertes gegeben. Aufgrund der Empfehlungen des Bundesrechnungshofes sowie der Anforderungen des Medienkooperations- und Förderungstransparenzgesetzes müssen die bestehenden Richtlinien von 2018 angepasst werden. So kam es beispielsweise zur Konkretisierungen bezüglich der Meldepflicht nach dem Medienkooperations- und Förderungstransparenzgesetz für den Magistrat Graz. Ein zentraler Punkt ist das sogenannte Kopfverbot, mit diesem ist es künftig verboten, dass bei entgeltlichen Veröffentlichungen die Gesichter und Namen von Stadtsenatsmitgliedern, von Mitgliedern des Gemeinderates, Abteilungsleiter:innen des Magistrats, Geschäftsführer:innen der Eigenbetriebe, Mitgliedern des Bezirksrates sowie von Mitgliedern der ersten Leitungsebene von Beteiligungen aufscheinen. Ein zweiter zentraler Punkt betrifft Inserate und Kampagnen der Abteilungen und Organisationen des Hauses Graz. So besteht künftig eine Informationspflicht über geplante Kampagnen an den Stadtsenat und es ist genau festgelegt, in welcher Art von Medien nicht inseriert werden darf. Besonders

hervorzuheben ist hier, aus meiner Sicht, das Verbot, in medienpolitischen Parteien zu inserieren. So wird es künftig auch nicht mehr möglich sein, hier eine Ausnahme für Bezirkszeitungen politischer Parteien zu machen, wie das kürzlich noch üblich war. Es freut mich sehr, dass das Stück bereits im Stadtsenat einstimmig vorberaten wurde, deswegen stellt der Stadtsenat den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Dem beigelegten Entwurf der „Richtlinien für städtische Kommunikation“ wird zugestimmt.
2. Die „Richtlinien für städtische Kommunikation“ treten mit 1. Juli 2022 in Kraft und gleichzeitig treten die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz vom 5. Juli 2018 außer Kraft.

Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Dem beigelegten Entwurf der „Richtlinien für städtische Kommunikation“ wird zugestimmt.*
2. *Die „Richtlinien für städtische Kommunikation“ treten mit 1. Juli 2022 in Kraft und gleichzeitig treten die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz Präs. s012476/2003/0013 vom 5. Juli 2018 außer Kraft.*

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren. Das Stück hat selbstverständlich seine Berechtigungen, es ist sehr lange diskutiert worden. Und allen ist noch der Antrag der Neos aus dem Jahr 2021 in Erinnerung. Das heißt, wir werden diesem Stück, wie bereits ja ausgeführt worden ist, einstimmig im Ausschuss, auch zustimmen. Ich möchte trotzdem zwei Sätze dazu zu bedenken geben: Erstens einmal ist es grundsätzlich so, dass wir als Politiker und Politikerinnen selbstverständlich auch für Inhalte stehen sollen. Das heißt, wir müssen auch den Kopf hinhalten im gegebenen Fall, das heißt, es ist einerseits wichtig für die Menschen, damit sie wissen, was sie von uns zu erwarten haben und für welche Themen und Werte wir stehen und andererseits ist es natürlich auch für uns wichtig, weil wir für viele Dinge auch Kooperationspartner und Netzwerke brauchen. Also ein differenzierter Blick auf diese Dinge ist grundsätzlich begrüßenswert und, glaube ich, die Basis für alles. Es ist ja auch schon einige Male jetzt auf die diversen Homepages plakatiert worden, dass sozusagen das Selbstmarketing jetzt ein bisschen abgeschafft wurde. Hier im Gemeinderatssaal erleben wir, und das ist auch zulässig, dass natürlich auch gewisse Parteien das Selbstmarketing auch umgestellt haben. Es wird auch hier selbst viel fotografiert und gefilmt. Das heißt, ich glaube, das Anliegen, das ich gerade formuliert habe, ist allen einigermaßen klar. Was aus meiner Sicht besonders wichtig ist, wir stehen hier als Vertreter und Vertreterinnen, wir sind gewählt worden und wir haben tunlichst unsere Person und die Funktion vom Inhalt entsprechend zu trennen, wo es angemessen ist, das betrifft selbstverständlich die Dinge, die man in Medien platzieren kann. Das betrifft aber auch ein grundsätzliches Verständnis. Wir haben das schon einige Male jetzt gehört, dass das Verständnis, wie wir Amt und Funktion trennen, nicht unbedingt in allen Fraktionen offensichtlich gleich gelebt wird und ich darf, obwohl es schon einige Male genannt wurde, wieder darauf hinweisen, dass wir auch in unseren Funktionen das entsprechend auseinanderzuhalten haben. Das Beispiel vom Mentoringprojekt, das auf der Website gelandet ist und eben einen sehr grünen Anstrich hatte, ist das eine Beispiel, die Empfänge von Bürgermeistern aus der Türkei und anderen hier im

Rathaus und der Geschenkübergabe für die Stadt Graz mit einem Buch über die steirische KPÖ, Einladungen an Schulkinder zu einem Flohmarkt im Volkshaus, sind das andere. Ich würde also dringend darum ersuchen, dass wir nicht stehen bleiben, wenn es um das Kopfverbot geht bei der Überlegung, was wir sozusagen direkt in diesem bereits eingegrenzten Bereich tun können, sondern ich glaube, der moralische Anspruch muss erheblich weitergehen. Also wir stimmen dem Stück mit großer Freude zu und erhoffen uns, dass wir auch in den von mir ausgeführten Dingen noch entsprechend Fortschritte machen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ich freue mich natürlich auch wahnsinnig über dieses Stück, und Sie alle werden wissen, dass da schon zwei dringliche Anträge von mir vorher passiert sind. Einmal, wie gesagt, im März letzten Jahre, und den zweiten dann im Dezember, der dann ja auch eine einstimmige Zustimmung fand. Und das ist auch schon etwas, was uns Neos oder mir als Neos-Mandatarin auch besonders gefällt, das ist ein Schritt in Richtung Transparenz, ein Schritt in Ressourcenschonung und ein Schritt in Richtung verbesserte Kommunikation, und das ist immer ganz wichtig. Und besonders wichtig ist auch, dass es Transparenz geben wird und die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt einfach bessere Einblicke haben und es auch gerechter und fairer sein wird. Also ich stehe voll hinter diesem Stück. Ich werde dem Stück natürlich zustimmen; und Sie wissen doch alle, es gibt nur eines gegen Steuergeldverschwendung und Korruption und das heißt Transparenz oder Licht ins Dunkle, und darauf freue ich mich und werde natürlich zustimmen. Kopfverbot – genial, dankeschön (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ganz herzlichen Dank, Frau Gemeinderätin. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann möchte ich nur noch anmerken, dass wir hier geschlossen als Stadt Graz, nachdem sich ja abzeichnet, dass das einstimmig angenommen wird, wirklich darauf

stolz sein können, dass wir dieses Stück heute auch beschließen werden, weil wir hier eine Vorreiterinnenrolle für viele Städte und für viele politische Gebietskörperschaften auf anderen Ebenen einnehmen. Und auf das können wir zu Recht stolz sein.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: StR Hohensinner, MBA**

**7.8 Stk. 2) A6-002192/2003/0028      Jugendstrategie 2022 bis 2026,  
Grundsatzbeschluss**

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Ich möchte an dieser Stelle den junggebliebenen Bezirksvorsteher aus Puntigam Helmut Scheuch auf der Galerie ganz herzlich begrüßen (*Appl.*).

Das passt genau zu dem wunderbaren Stück, das ich jetzt vorstellen darf, das ist die Jugendstrategie 2022 bis 2026, die wir eigentlich schon in der letzten Sitzung beschließen wollten, aber da ist dann etwas dazwischengekommen.

Die Stadt Graz wächst sehr stark und somit auch ihre Jugendkultur. Das ist gut, die ist sehr vielfältig, sehr aktiv, und aus meiner Sicht werden wir, wenn man uns mit anderen Städten vergleicht, es ist nicht selbstverständlich, da können wir auch ein Stück weit stolz darauf sein. Und als Stadt Graz haben wir die große Verantwortung, dass wir Raum den Jugendlichen bereitstellen, dass sich junge Menschen ausprobieren, entfalten und weiterentwickeln können. Und diese Jugendstrategie soll Richtschnur und Orientierungshilfe sein für die tagtägliche Arbeit, aber auch wenn wir neue Projekte entwickeln. Ich möchte mich bedanken beim Amt für Jugend und Familie, die Ingrid Krammer sitzt hier auch heute, und ich glaube, dass auch aus dem Amt einige via Livestream mit dabei sind; ich möchte mich bei Markus Schabler auch bedanken, der

ist, glaube ich, aufgrund eines Krankenstands heute zuhause, aber der hat wirklich sein Herzblut in diese Jugendstrategie gesteckt mit weiteren 49 Persönlichkeiten. Über eineinhalb Jahre wurde gearbeitet und das Resultat kann sich wirklich, wirklich sehen lassen. Wir haben die Jugendstrategie jetzt insofern weiterentwickelt. Früher hat sich so ziemlich alles in den Jugendzentren alleine abgespielt, jetzt haben wir drei Ebenen, die wir definiert haben. Nämlich Ebene 1, das ist der Jugendraum, eben die angesprochenen Jugendzentren, da haben wir 13 davon, die haben wir in den letzten Jahren ausgebaut. Wir werden zwei weitere Jugendzentren in den nächsten Jahren dazubekommen. Die zweite Ebene ist der Stadtraum, der Gott sei Dank von den jungen Menschen erobert wird, gerade jetzt nach Covid ist das sehr schön zu sehen. Aber natürlich, wenn die Jugend in den öffentlichen Raum drängt, gibt es natürlich dann auch den einen oder anderen Nutzerinnen- und Nutzerkonflikt und da ist es gut, wenn wir die Jugendlichen begleiten. Das Jugendstreetwork bauen wir aus zu einer mobilen Jugendarbeit. Und die dritte Ebene ist der digitale Raum, und da haben wir auch jetzt, nicht erst seit Covid, gesehen, dass es da auch erforderlich ist, dass wir junge Menschen begleiten. Der digitale Raum birgt ganz viele Vorteile, aber auch natürlich auch einige Gefahren und da ist es wichtig, dass wir hier unterstützen. In der letzten Sitzung bin ich ja eiskalt erwischt worden am Anfang, muss ich wirklich sagen, ich war eingestellt darauf, dass wir die Jugendstrategie beschließen und es wurden damals zwei Argumente auch vorgebracht. Zum einen, dass die Regierung nichts wusste von den Folgekosten, die in der Jugendstrategie auch enthalten wären. Und da möchte ich auch kurz den Faktencheck machen und habe nochmals ausheben lassen, auch über das Amt, wann die Regierungsfractionen über die Jugendstrategie informiert wurden. Das war am 15. März, also lang davor, mehr als ein Monat, bevor wir die Jugendstrategie eingebracht haben, sind die Ausschussmitglieder über die Inhalte und auch über die möglichen Projektkosten informiert worden, ich betone, mögliche Projektkosten. Weil der zweite Vorwurf war, dass die Jugendstrategie finanzielle Auswirkungen hat, und hier haben wir auch über das Amt beim Magistratsdirektor anfragen lassen, und da haben wir eine Auskunft bekommen: Die Magistratsdirektion teilt mit, dass das angesprochene Stück in diesem Sinne keine finanziellen

Auswirkungen hat und demnach ohne Beteiligung der Finanzdirektion an den Gemeinderat zur Beschlussfassung eingebracht werden kann. Also auch da kann man ganz unaufgeregt bleiben. Das habe ich bis jetzt immer so gemacht, ich habe eine Strategie eingebracht, und wenn es dann zu konkreten Umsetzungsschritten gekommen ist, habe ich nochmals Projektgenehmigungen eingebracht. Das ist so, von dem her muss ich sagen, verstehe ich jetzt diesen Zusatzantrag heute nicht. Also den habe ich jetzt, glaube ich, auch entkräftet und kann nur sagen, dass dieser Zusatzantrag ein Versuch ist zu rechtfertigen, warum man diese Jugendstrategie jetzt einen Monat geschoben hat, aber Schwamm drüber. In der Sache geht es darum, dass man die jetzt einstimmig hoffentlich beschließen, und dann freue ich mich auf eine gemeinsame Umsetzung. Danke vielmals (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Dem gegenständlichen Bericht wird zugestimmt.*

**GR Gostentschnigg:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Besser später als nie, heute werden wir also die Jugendstrategie beschließen. Und so viel gleich vorab, meine Fraktion wird hier gerne zustimmen. 44 Seiten ist die dick, große Teile davon lesen sich gut und sind sinnvoll, danke an dieser Stelle auch an das Amt für Jugend und Familie und alle Mitwirkenden. Und als Grafiker darf ich auch noch erwähnen, schön gestaltet ist sie auch. So weit so gut, würden man meinen, aber es kommt, was kommen muss, das große Aber. Und diesem Aber möchte ich die nächsten rund zweieinhalb Minuten widmen, weil ich es jenen Kolleginnen und Kollegen auch schuldig bin, die teilweise seit Jahrzehnten in der Jugendarbeit tätig sind, und mit Teilen, ich betone, mit Teilen des Stücks maximal moderate Freude haben. Diese

Gründe will ich kurz umreißen, sofern es die Zeit erlaubt. Beginnen möchte ich mit den neuen Projekten, beispielsweise der digitalen Jugendarbeit. Da ist es so, dass der Sinn und Zweck dieser digitalen Jugendarbeit im Stück eher lose umrissen ist, und in Rücksprache mit Leuten, die in Jugendarbeitsfragen seit Jahrzehnten tätig sind, auch denen ist nicht ganz klar, welcher Zweck hier genau damit verfolgt wird, obwohl substanzielle Mittel dafür angefordert werden. Weiters soll diese digitale Jugendarbeit auf fünf ganze Jahre ausgeschrieben werden, was an und für sich erfreulich ist. Mir sei jedoch der Hinweis erlaubt, dass das bei Jugendzentren ganz anders ist, Jugendzentren erhalten nämlich nur Einjahresverträge, was ihnen Planbarkeit und vor allem auch Sicherheit beim Personal oft verunmöglicht. Auch für Jugendzentren wären Zwei- oder Dreijahresverträge erstrebenswert, wie es auch beim Jugendstreetwork schon der Fall war. Auch die Indexierung der Förderung der Jugendzentren ist in diesem Papier nicht vorgesehen, sehr wohl bei der digitalen Jugendarbeit angedeutet, obwohl die Förderung bzw. die Indexierung der Förderung der Jugendzentren ein langjähriges Anliegen der Jugendzentren ist. Weiters, und da bin ich auch ein bisschen in Zweifel, ob das so sinnvoll ist, lassen Teile des Stücks vermuten, dass die Parteilichkeit der Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter aufgeweicht werden soll. Ich zitiere aus der gestrigen Kleinen Zeitung einen Onlineartikel: „Das Personal, um im öffentlichen und digitalen Raum stärker präsent zu sein, soll aufgestockt werden.“ Gut, auf Konflikte im öffentlichen Raum wie zwischen Skatern bzw. Parknutzern und Anrainern will man dann stärker ein Auge haben. Klingt vielleicht im ersten Moment eh gut, ich glaube allerdings nicht, dass Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter eine zweite Ordnungswache werden sollen. Für Vermittlung bei Nutzungskonflikten gibt es das Friedensbüro und weitere ähnliche Einrichtungen. Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit, ist per Definition parteilich und ich finde, das sollte sie auch bleiben. Jugendzentren sollen laut dieser Strategie auch weiter in die Nachbarschaft hineinarbeiten. Auch das klingt gut, allerdings, wenn man mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Jugendzentren spricht, kommt eine Frage auf, nämlich die Frage der Ressourcen. Wenn man dann hört, dass sie mit den aktuellen Mitteln oft noch kaum noch in der Lage sind, ihre Kernaufgaben in den Jugendzentren personell zu bestreiten, habe ich

große Zweifel, ob man zusätzliche Mittel dann in neue Projekte investieren sollen oder ob man nicht zuerst die Basis stärken soll; und ich finde dieses Bekenntnis zur Basis, zum Rückgrat der Jugendarbeit, und das sind Jugendzentren, ist ganz wichtig. Ich komme auch schon zum Schluss und keine Sorge, auch wenn 90 % meiner Wortmeldung jetzt Kritik war, beim Stück ist es anders herum, große Teile dieses Stücks sind nicht nur in Ordnung, sie sind sehr gut. Allerdings bei einigen Fragen sehen wir noch weiteren Diskussionsbedarf, auch bei der Frage der Prioritäten, da freue ich mich dann auch auf die weitere Diskussion im Ausschuss. Eines darf ich gleich vorankündigen, nachdem die Frage der budgetären Auswirkungen ja auch medial Teil der Debatte war in den letzten Wochen, sagen wir mal so, wird meine Kollegin Sahar Mohsenzada später noch einen, nennen wir es klarstellenden, Zusatzantrag einbringen. In diesem Sinne bedanke ich mich abermals beim Amt für die Ausarbeitung und auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Stück auf Seite, ich glaube, 41, als Mitarbeiter:innen geführt werden, für die Ausarbeitung und bei Ihnen für die Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Mohsenzada:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen, liebe Stadtregierungsmitglieder. Mein Kollege Simon Gostentschnigg hat es schon sehr genau ausgeführt, daher werde ich mich auch sehr kurz halten. Wir wissen, dass die Jugendstrategie 2022 bis 2026 ein Grundsatzbeschluss ist und somit nicht budgetwirksam ist. Damit es aber zu keinen Missverständnissen kommt, stelle ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Zusatzantrag:**

Explizit wird festgehalten, dass aus diesem Grundsatzbeschluss keine budgetären Auswirkungen erwachsen bzw. dieser Grundsatzbeschluss nicht automatisch mit der Zuteilung zusätzlicher Budgetmittel verknüpft ist. Die aus diesem Grundsatzbeschluss resultierenden Projekte und Maßnahmen und die damit verbundenen budgetären

Folgen sind über die zuständigen Fachabteilungen und deren Ressortbudgets zu bestreiten bzw. in der Form von gesonderten Projektgenehmigungen im Gemeinderat zu beantragen. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Explizit wird festgehalten, dass aus diesem Grundsatzbeschluss keine budgetären Auswirkungen erwachsen bzw. dieser Grundsatzbeschluss nicht automatisch mit der Zuteilung zusätzlicher Budgetmittel verknüpft ist. Die aus diesem Grundsatzbeschluss resultierenden Projekte und Maßnahmen und die damit verbundenen budgetären Folgen sind über die zuständigen Fachabteilungen und deren Ressortbudgets zu bestreiten bzw. in der Form von gesonderten Projektgenehmigungen im Gemeinderat zu beantragen.*

**GR<sup>in</sup> Slama:**

Ehrlicherweise, 90 % meiner Wortmeldung hat der Kollege Gostentschnigg jetzt eh schon vorweggenommen, danke dafür. Deswegen, dem natürlich nur zustimmend, ich möchte das jetzt noch einmal als Appell formulieren vor allem an Sie, Herr Stadtrat. Bitte, es sind großartige Projekte in dieser Jugendstrategie drinnen, aber wie schon bei den Vorrednern herausgekommen ist, all dieser Überbau hilft erst, wenn die Basis wirklich stark und stabil ist. Daher bitte diese Priorisierung auch der Jugendzentren als ersten Schritt wirklich, um mehr Jugendarbeit umzusetzen in Graz. Auch danke, Sahar, für deinen Zusatzantrag. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir da wirklich diese Klarstellung auch haben, vor allem, wenn das für mehr Sicherheit insgesamt in diesem

Gemeinderat sorgt. Danke für die Ausarbeitung, wirklich lange und große Kooperation hier, wir werden natürlich zustimmen, wie schon im Ausschuss (*Appl.*).

**GR Brandstätter:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Zunächst darf ich mich wirklich auch als junger Mensch beim Jugendamt und beim zuständigen Stadtrat für die Ausarbeitung dieser exzellenten Jugendstrategie bedanken, die uns die nächsten Jahre begleiten wird und einen Rahmen dafür bietet, die Anliegen junger Menschen nicht nur zu hören, sondern in den Vordergrund zu rücken. Ich möchte jetzt aber schon kurz replizieren. Zuerst zu dir, Simon. Ja, in dieser Strategie geht es darum, dass digitale Jugendarbeit ein fester Bestandteil für die nächsten fünf Jahre wird. Das ist aber kein Vertrag und das ist daher bitte nicht zu verwechseln mit den Verträgen, die z.B. mit Jugendzentren gemacht werden, sondern es geht um einen Rahmen für die nächsten fünf Jahre. Du redest davon, dass wir das Personal aufstocken sollen, und du redest auch davon, dass die aktuellen Mitteln nicht ausreichen und dann wundert es mich aber schon, dass das Hauptanliegen der kommunistischen Fraktion heute ist, einen Antrag einzubringen, in dem wir nicht darüber reden, welche positiven Aspekte diese Jugendstrategie für die Grazer Jugendlichen hervorbringt, sondern wo wir darüber reden, dass eine Jugend, die seit zwei Jahren im Dauerkrisenmodus ist, die wahnsinnig viel ertragen und ausgehalten hat, die jetzt unsere Unterstützung benötigt, dass die mit diesem obsoleten Zusatzantrag jetzt noch einmal bestätigt bekommt: Ja, also wir sind zwar vielleicht für die Jugendstrategie, aber auf jeden Fall dagegen, dass wir als Gemeinderat in irgendeiner Art und Weise dazu verpflichtet sind, dass wir dann auch Geld für die jungen Menschen in Graz ausgeben. Das kann man natürlich machen, aber wie wir von der Magistratsdirektion schriftlich bestätigt bekommen haben, ist dieses Stück nicht budgetwirksam. Jetzt kann ich einen Antrag einbringen, wo ich sage, ja, dieses Stück ist nicht budgetwirksam. Gescheit ist es nicht und auch nicht sinnvoll. Und es ist aber klar, dass damit vor allem eines gezeigt wird, ich kann daraus nur schließen,

die Jugend ist es uns nicht wert, dass wir uns dazu bekennen, dass wir dieses Geld auch ausgeben wollen. Ich kann Sie eigentlich nur dazu auffordern, diesen Zusatzantrag zurückzuziehen und zu sagen, ja, wir sind dazu bereit, alles dafür zu tun, die notwendigen Mittel aufzustellen, damit die jungen Menschen in Graz die bestmögliche Unterstützung nach dieser schwierigen Zeit bekommen, um wieder auf eigenen Beinen stehen zu können *(Appl.)*.

Schlussatz, Frau Bürgermeisterin, es ist wirklich ärgerlich und auch nicht ok, dass man jetzt sich hier herstellt und sagt, ich brauche jetzt eine Verteidigung dafür, dass ich beim letzten Mal übersehen habe, dass es auch, ja, Geld braucht für die Jugendarbeit und im gleichen Moment zur kritisieren, dass zu wenig Geld da ist. Das geht sich alles nicht aus, das ist nicht ok, nicht für die Grazer Jugend und nicht für das Ansehen dieses Gremiums. Dankeschön *(Appl.)*.

**GR Mag. Pointner:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtsenat. Die Jugend liegt uns allen am Herzen. Ich sehe hier in dem Ganzen Prozedere dargestellt die Nachteile des Proporz, und es ist halt schade, dass der Proporz nicht so gelebt wird, dass man sich rasch gemeinsam einigt, aber der Grundsatzbeschluss dieses tollen Stückes wird ja jetzt stattfinden. Ich glaube, dass der Herr Stadtrat Hohensinner da eine fantastische Arbeit macht und wirklich mit Leib und Seele hinter der Sache steht, und ich, wir stimmen mit Freude zu *(Appl.)*.

**StR Hohensinner:**

Danke für die breite Zustimmung, ich nehme an, Einstimmigkeit. Und diese Einstimmigkeit soll uns Rückenwind geben, dass wir diese Projekte dann auch finanziell unterstützen in weiterer Folge. Da sind wir unserer Jugend gegenüber verpflichtet *(Appl.)*.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.***

**Berichterstatter: KO GR Dreisiebner**

**7.9 Stk. 3) A14-010143/2020/0028      03.27.0 Bebauungsplan „Hugo-Wolf-Gasse  
– Zinzendorfgasse – Beethovenstraße –  
Elisabethstraße“,  
III. Bez., KG 63103 Geidorf**

**KO GR Dreisiebner:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Als Allererstes möchte ich meiner großen Freude Ausdruck verleihen, dass wir nach zwei Jahren wiederhier im historischen Gemeinderatssitzungssaal, in diesem wunderschönen Saal sitzen dürfen. Vielleicht noch ein bisschen ungewohnt, dass wir jetzt wieder sehr eng aneinander sitzen dürfen und müssen, aber es ist einfach das schönere Parlament als die Stadthalle. Zum eigentlichen Stück, Bebauungsplan 03.27.0, der gestern im Ausschuss vorberaten worden ist, möchte ich Folgendes hier für die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat zur Kenntnis bringen: Das Geviert ist bebauungsplanpflichtig im Sinne der Revitalisierung von Innenhöfen und Vorgärten, das ist im Stadtentwicklungskonzept so festgelegt. Es ist Kerngebiet mit allgemeinem Wohngebiet überlagert, die Dichte ist relativ hoch mit bis zu 2,5. Im Zuge des Verfahrens und der Auflage, Auflage war mit 7. Juli 2021, es kam dann aufgrund der Covid-Bestimmungen zu einer virtuellen Informationsveranstaltung im Internet, und natürlich zu den möglichen Anhörungs- und Parteienverkehrsgesprächen mit den Mitarbeiter:innen im Stadtplanungsamt kam es zu neun Einwendungen, einer Stellungnahme und zwei Null-Meldungen, die rechtzeitig und binnen Frist eingetroffen

sind. Es ist dieser Bebauungsplan eben zur Absicherung und zur Freihaltung und Freimachung des Innenhofbereiches notwendig. Es wird bei einem möglichen Bauprojekt im Gegenzug ein jetzt im Inneren stehendes Gebäude oder Gebäudeteile abgebrochen, ansonsten ist das der schon vorhandene Bereich, der bebauungsfähig ist, so fortgeschrieben und geordnet, um eben entsprechend eine Blockrandbebauung möglich zu machen. Es kam im Zuge des Auflageverfahrens zu einigen Änderungen entgegen dem Entwurf, es wurde auf einem Grundstück eine Überschreitung der Bebauungsdichte möglich gemacht, was aufgrund der dortigen Grundstückslage auch sinnvoll ist. Es wurde die Dachneigung, die mit zuerst 30° festgelegt worden ist, etwas flexibler gehandhabt, jetzt kann man das von 27° bis 41° machen. Was das Büro der Vizebürgermeisterin und das Stadtplanungsamt noch eingebaut haben, und das wird uns öfter in Zukunft begleiten, ist aus Klimaschutzgründen, zwei bis drei Dinge sind da noch festgelegt worden, einerseits der sogenannte Hellbezugswert, der festgelegt ist für die Bebauung. Das heißt, es darf weder zu dunkel werden, die Gebäudegestaltung und Färbelung, noch darf sie zu hell werden, weil beides natürlich auch dementsprechende Erhitzung, Überhitzung und Entstehung von Hitzeinseln möglich machen würde oder wahrscheinlicher machen würde. Des Weiteren sind übergroße Glasflächen, Blech-/Metallflächen usw. ausgeschlossen mit einigen Ausnahmen. Das sind die wichtigsten Änderungen. Dort ist auch eine sogenannte Krankenanstalt, auch für diese gibt es entsprechend wichtige und richtige Verordnungen. Alle diese Änderungen wurden angehört und sind somit akzeptiert worden, der gestrige Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung hat diesen Bebauungsplan einstimmig beschlossen. Insofern stelle ich hiermit den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass dieser 03.27.0 Bebauungsplan, ich lasse die Straßenbezeichnung weg, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie den Einwendungserledigungen bitte beschlossen werden möge. Ich ersuche um Zustimmung (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. den 03.27.0 Bebauungsplan „Hugo-Wolf-Gasse – Zinzendorfasse – Beethovenstraße – Elisabethstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

**GR Dr. Piffli-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen, lieber Berichterstatter. Ja, ich möchte mich auch bedanken für dieses Stück, es ist wieder ein Stück unserer Altstadt, es ist Altstadtschutzzone, es ist ein sensibles Gebiet und auch für diese Bereiche eignen sich die Bebauungspläne und die Bebauungsplanpflicht dieses Planungsinstrumentes in hervorragender Weise. Wie du auch betont hast, es war neben den neun Einwendungen eine Stellungnahme, und wie immer, oder fast immer, wo immer es möglich ist, wird selbstverständlich aufgrund letztlich der Bürgeranhörungen und der Einwendungen, die dann kommen, versucht, zunächst vom Amt und dann auch immer wieder durch die Diskussionen und Debatten im Ausschuss, auch jetzt im ständigen Planungsausschuss, wo wir uns ja auch den grundsätzlichen Debatten und Entwicklungstendenzen immer wieder und den aktuellen Problemen widmen, wird dann auch eben versucht, so weit als möglich, das Raumordnungsgesetz ist ja ein vergleichsweise stringenter Rahmen, der bei Weitem nicht alle Freiheiten auch planerisch ermöglicht, die wir uns immer auch wieder wünschen, aber so weit es möglich ist, wurde dem auch hier Rechnung getragen. Und auch wenn Naturdenkmale und Platane wurde sozusagen in Ausnahme von der ansonsten zu verfolgenden Blockrandbebauung in diesen gründerzeitlichen Vierteln hier ausdrücklich, darauf freuen wir uns in der Hugo-Wolf-Gasse auch, dieses Grün, das dort wirklich in die Straße hereinragt und in den Innenhof, auch zu diesem Schutz ist das gelungen. In diesem Sinne möchte ich noch betonen, was du ebenfalls kurz

erwähnt hast, es ist hier auch durch die Herausnahme von Bauten in den zu schützenden Innenhöfen im Zuge eben der Beantragung einer Bebauung, eines bebauungsplanpflichtigen Quadranten möglich, die Funktionalität von eben dieser Gesundheitseinrichtung, aber auch anderer Einrichtungen, die urbane Qualität zu heben, indem dann punktuell auch, gemäß Flächenwidmungsplan natürlich limitiert, durchaus höhere Dichten als insgesamt auch bisher, aber eben durch Zugewinn in der Innenhofqualität ermöglicht werden. Also für mich ist das ein gutes Beispiel eines gut und gelungen eingesetzten Werkzeuges. Natürlich können nicht alle Anrainerbedürfnisse und Anregungen erfüllt werden, aber ich möchte mich auch bei den Anrainern für ihr konstruktives Miteinander mit der Planungsabteilung bedanken und wir werden diesem Stück daher gerne unsere Zustimmung geben (*Appl.*).

**KO GR Dreisiebner:**

Vielen Dank, Kollege Piffel-Percevic, völlig richtig, es sind schützenswerte Bäume identifiziert und da bleibt auch der Riegel, der Gründerzeitriegel, unbebaut, das heißt, da bleibt eine Zone frei. Was noch, weil wir darüber natürlich auch sprechen sollten, was noch in diesem Bebauungsplan passiert, § 8 in der Verordnung, dass im Zuge der Errichtung von ober- und unterirdischen baulichen Anlagen Bäume, die der Grazer Baumschutzverordnung unterliegen, also über diese schützenswerten Exemplare und Platane etc. hinaus, in ihrer zukünftigen Entwicklung nicht beeinträchtigt oder gerodet werden dürfen. Das heißt, alles was unbebaut bleiben wird, da ist Sorge zu tragen über eine ökologische Bauaufsicht, dass diesen Bäumen kein Schaden zugefügt wird, dass sie nicht aus Versehen oder auch absichtlich ersetzt werden, wie es ja sonst leider möglich ist und zu oft auch praktiziert wird. Wir versuchen, da einen etwas anderen Weg zu gehen, mehr Ökologie, und wie gesagt, jeder Baum, ähnlich wie Helligkeitsbezugswerte, ist natürlich jeder Baum die noch bessere Klimaanlage, und das, was wir erhalten, das erhalten wir. Vielen Dank jedenfalls für die breite sich abzeichnende Zustimmung (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: KO GR Dreisiebner**

**7.10 Stk. 4) A14-014725/2017/0027**

**17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“  
XVII. Bez., KG Webling**

**KO GR Dreisiebner:**

Geschätzte Kolleg:innen, der Bebauungsplan 17.21.0 Schwarzer Weg hat eine sehr lange, eine vielleicht sogar typische Geschichte für manche Stadtentwicklungsfragen, die diese Stadt bewegen, die die Bürger:innen bewegen, die uns alle bewegen, und zwar gleichermaßen uns alle bewegen, würde ich jetzt einmal behaupten. Anfang der 1990er-Jahre war dort eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen, dann wurde im zweiten Flächenwidmungsplan dieses sehr große Gelände, das einerseits im Süden und im Westen umrahmt ist von Einfamilienhausgebieten bzw. geringdicht verbaut und im Osten von Gewerbenutzung zu Gewerbegebiet mit einer hohen Dichte bis 2,5 umgewidmet. Im vierten Flächenwidmungsplan, also im jetzt aktuell gültigen, wurde aufgrund der Tatsache, dass das so nicht nachgefragt ist, aber die Rückwidmung in Freiland, in Landwirtschaft oder Ähnliches auch kaum möglich ist, aus dem ein allgemeines Wohngebiet mit zwei Dichtekategorien, einmal näher an dem Zentrum, wenn man es jetzt ein bisschen flapsig formuliert, mit 0,8 als Obergrenze und einmal mit 0,6 als Obergrenze, dazu wurden mehrere Aufschließungserfordernisse festgelegt. Der Entwickler, der dort bauen möchte und wahrscheinlich auch bauen wird, hat 2016 bereits mit den ersten Anfragen das Stadtplanungsamt besucht; hat entsprechend mit Architekturstudien bzw. auch nach einem Architekturwettbewerb ist in die Vorplanungen so eingestiegen. Das Wettbewerbsergebnis nach Grazer Modell hat einen Sieger gehabt, im Bereich der Dichte mit 0,8, im nördlichen Bereich, entgegen zum westlichen und zum südlichen, wird dieser Entwickler, Kohlbacher heißt die Firma, mehrgeschossige Bauten errichten mit hoher Durchgrünung. Es wird im westlichen und südlichen Bereich die allseits, glaube ich, bekannte Form, für die diese Firma steht, entwickelt. Das Ziel dieses Bebauungsplans, in dem es um ein so großes Gebiet geht, ist natürlich eine geordnete Siedlungsentwicklung herbeizuführen, die innere

Erschließung zu gewährleisten, eine entsprechende Durchwegung für aktiv Mobilität zu gewährleisten, Anschluss an den Öffentlichen Verkehr und vieles anders mehr in ungefähr dem Bereich. Ich möchte hier nicht langweilen, jedenfalls wurde versucht, mittels einer Brücke über den im Norden angrenzenden Weblinger Gürtel den Fußgänger:innenverkehr zu einer vorhandenen Bushaltestelle bei einem Einkaufscenter zu bringen. Davon wurde dann Gott sei Dank, und da möchte ich dann aber erwähnen, dass hier wirklich sehr intensiv gearbeitet wurde von der Verkehrsplanung, von der Stadtplanung, vom gesamten Bezirksamt Puntigam, der Bezirksvorsteher ist hier, von vielen, vielen Bürger:innen wurde davon Abstand genommen. Die Wege wären sehr lang gewesen, eine Fahrradbefahrung dieser Brücke wäre nicht möglich gewesen und so kommt es jetzt zur Verlängerung der Buslinie 62, die mit der Bebauung dieses Gebietes dann auch in dieses Gebiet hineinfahren wird. Es wird einen öffentlichen Park geben, es wird Durchwegungen geben für Rad- und Fußverkehr, die auch die südlich und südöstlich liegenden Gebiete, Freizeitbereiche etc. anbinden und einbinden wird. Und wie gesagt, es wird im Norden dann auch ein entsprechendes Zentrum geben, wo Nutzungen von Einkauf, über Kinderbetreuung und Ähnliches mehr möglich sind. Im Bebauungsplanverfahren sind die Einwendungen 19 Stück, wenn ich das so sagen darf, 19 inhaltlich sehr interessante Punkte bearbeitet worden und auch beantwortet worden. Sie haben sich vor allem um diese Verkehrserschließungsfrage, ÖV-Erschließungsfrage und aktiven Mobilitäterschließungsfrage gedreht; wir konnten in dem Bereich bei diesem sehr lange schon in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplan noch einige Änderungen herbeiführen, z.B. Müllinseln ins Gebäude integriert statt außerhalb der Gebäude, wir konnten mehr Baumstandorte und dafür auch eine gewisse Absenkung der PKW-Abstellplatzanzahlen erreichen und einiges mehr. Wir haben, was die Erfordernisse der Aufhebung des Aufschließungsgebietes betrifft, eigentlich fast alle Punkte erledigt. So eben die Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, die innere Erschließung für die Verkehr- und die technische Infrastruktur, die Förderung der sanften Mobilität und öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr. Was noch nicht aufgehoben werden kann, als Aufschließungserfordernis,

ist die Schaffung einer zusammenhängenden siedlungsöffentlichen Grünfläche im Ausmaß von rund 20 % der Fläche des Aufschließungsgebietes. Das heißt, das wird uns doch wieder hier im Gemeinderat treffen mit all den Einwendungen, Änderungen, die ich jetzt versucht habe zu skizzieren, ist gestern im Planungsausschuss dieser Bebauungsplan mehrheitlich mit den Stimmen aller Fraktionen, ausgenommen der FPÖ, beschlossen worden. Ich stelle hiermit den Antrag namens des Ausschusses, den 17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“, diese eben unendlich lange Geschichte, die Einwendungserledigungen, die entsprechenden Verordnungen, Planzeichenerklärung und Erläuterungsbericht sowie die Aufhebung der von mir schon skizzierten Aufschließungserfordernisse zu beschließen und ersuche um eure Unterstützung. Dankeschön (Appl.).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. den 17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen, und*
- 3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse der Aufschließungsgebiete (Nr. XVII.OS und XVII.17):*
  - 1. Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)*
  - 3. Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)*
  - 4. Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität*
  - 5. Öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr*

7. *Bebauungsplanpflicht, Geordnete Siedlungsentwicklung, Erfordernis zur Schaffung zweckmäßig gestalteter Grundstücke, Einfügung in das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild*
8. *Schaffung einer zusammenhängenden siedlungsöffentlichen Grünfläche im Ausmaß von rund 20 % der Fläche des Aufschließungsgebietes (gilt nur für Nr. XVII.05)*

*Die Aufschließungsgebiete (Nr. XVII.OS und XVII.17) bleiben in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:*

6. *Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben*
9. *Abwasserentsorgung mit einer dem Stand der Technik entsprechenden Abwasserbeseitigung*

*aufrecht.*

**GR Sikora:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung. Dieser Bebauungsplan zeigt eindeutig: Gut Ding braucht Weile. Wie du schon ausführlich es erläutert hast, haben wir diesem Bebauungsplan schon seit 2016 in Diskussion. Wir haben den Bebauungsplan auch im Ausschuss der vorigen Gemeinderatssitzung schon im Gespräch gehabt, wir haben ihn dann aber eben im Zusammenwirken der Koalition aus SPÖ, Grünen und KPÖ dann absetzen lassen, weil noch sehr viele Fragen ungeklärt und unbeantwortet waren. Und weil wir auch den neuen Stil dokumentieren wollten und uns nicht von Investoren in Zukunft vorantreiben zu lassen und herantreiben zu lassen, sondern auf die wirklichen Probleme und Sorgen der Anrainer:innen und Bürger:innen, die im unmittelbaren Kreis dort schließlich wohnen und leben müssen, da genug Zeit zu haben, um auf diese Probleme dann auch in Zukunft eingehen zu können. Das war

eigentlich der Hauptgrund, wieso wir diesem Bebauungsplan von der vorigen Gemeinderatssitzung abgesetzt haben. Wir werden diese Praxis auch in Zukunft, glaube ich, weiterführen. Es war gestern auch eine Pressekonferenz, die medial sehr großes Echo hervorgerufen hat und die das sehr positiv dargestellt hat, muss man auch sagen, und ich glaube, wir sind hier guten Mutes, diesen Stil weiter beizubehalten. Was den Bebauungsplan des Schwarzen Wegs anbelangt, es hat sich ja was geändert schließlich von der vorherigen Gemeinderatssitzung bis jetzt, wo wir den Plan abgesetzt haben. Wir haben im Einwirken, nicht mit den Investoren, aber mit der Firma Kohlbacher, auch mit der Abteilung für Grünraum, also da hat der Kollege schon gesagt, dass wir hier also einen Park, einen großen, konzipiert haben für die Anrainer:innen. Es ist auch eine Durchwegung Richtung Süden jetzt mitkalkuliert worden, die die Hafnerstraße in Zukunft erreichen wird, wo der Bezirkssportplatz vorhanden ist. Im weiteren Sinne wurde dann auch der Vorschlag gebracht, dann eine weitere Durchwegung Richtung Süden, zur Gradnerstraße, wo ja der Schul-Campus-Puntigam vorhanden ist, auch anzudenken und zu planen. Der 62er wird in Zukunft dort umdrehen, da gibt es ja auch eine Linie, die von Süden nach Norden in einer recht guten Taktverbindung fast sämtliche Teile der Stadt Graz erreicht in relativ kurzer Zeit. Es wird auch angedacht, am Schwarzen Weg nicht nur Gehsteig- und Fahrradstreifen zu planen und umzusetzen, sondern dieser Plan wird auch vorsehen, dass es dann bis zur Straßganger Straße/Kärntner Straße auch angebunden wird und ins allgemeine System des Fahrradprojektes für ganz Graz auch dann integriert werden. Also wir haben hier sehr viele positive Punkte in dem Monat jetzt dann noch berücksichtigen können. Ob man da jetzt frohen Mutes ist, eindeutig sagen zu können, diesem Bebauungsplan zuzustimmen zu können, das hat auch gestern der Ausschuss eindeutig widerlegt, dass dies eine gute Sache ist, dass wir hier wirklich auf einem guten Weg sind, ich glaube, nur die FPÖ hat dagegen gestimmt. Deine Sorgen verstehe ich aber auch, lieber Kollege Lohr, muss man akzeptieren, trotzdem, dieser Bebauungsplan ist jetzt beschlussfähig und ich freue mich auf die Zustimmung und auf die Umsetzung und ich hoffe in Zukunft, wie gesagt, dass wir diesen Stil beibehalten werden. Danke vielmals (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, danke dem Berichtersteller für die Vorstellung des Bebauungsplanes. Ja, er ermöglicht eine massive Verbauung. Es gibt dort eine hohe Dichte, die voll ausgeschöpft wird, wir reden von einer Wiese, die 10 Hektar misst, und der Kollege Karl Dreisiebner von den Grünen und auch der Kollege Sikora versuchen sich das jetzt schönzureden. Das ist als grüne Fraktion natürlich ein bisschen schwierig, du hast es versucht, du bist Regierungspartei, ich weiß auch, was das heißt, ihr müsst euch zusammenraufen und hier einen Plan vorlegen. Durch das Verschieben ist hier meiner Meinung nach keine große Verbesserung entstanden, das Verkehrsproblem liegt weiterhin vor im Bezirk, das wird auch immer von den Bezirksvertretern eingefordert, es ist ja auch der Bezirksvorsteher heute anwesend. Und ich fange einmal mit dem Positiven an: Der Öffi-Anbindung mit der Buswendeschleife, da haben wir ja auch lange gerungen, dem kann ich was Positives abgewinnen. Die Linie 62 hilft uns dort, aber es wird im IV-Verkehr die Überlastung halt größer werden, es wird weiterhin mehr und größere Staus geben, da hilft uns auch dann nicht die A9-Begleitstraße, die eines Tages kommen wird; das hätten wir uns umgekehrt vorgestellt, dass zuerst die Straße kommt, dann die Bebauung. Es sind Stellplätze während der Bearbeitung des Bebauungsplanes am Schwarzen Weg reduziert worden, das verschärft das dort auch, und das hat eben dazu geführt, dass es 19 Einwender mit teilweise hohen Unterstützern gab, einmal 86 und einmal 57 Unterschriften, und dieser Kritik können wir uns anschließen. Dann heute, der Kollege Sikora hat es angesprochen, habe ich der Zeitung entnommen, es hat diese Pressekonferenz gegeben, und der Bebauungsplan Idlhofgasse, also ein anderes Projekt, wird wieder zurück zum Start geschickt. Also in dem einen Fall wendet ihr Kindesweglegung an, im jetzt zu beschließenden Bebauungsplan macht die Regierung das offenbar nicht, also das müsst ihr den Anrainern erklären und hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Aus all diesen Gründen stimmen wir diesem Bebauungsplan am Schwarzen Weg nicht zu (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kollegen des Gemeinderates, hohe Stadtregierung, werte Zuhörer:innen und Zuschauer:innen beim Livestream oder auf der Tribüne, Herr Bezirksvorsteher. Ich möchte zuerst beginnen mit einem Dank, mit einem Dank an die gesamte Baudirektion mit den Planungsabteilungen, denn es ist schon angesprochen worden, seit 2016 diskutieren wir diesen Bebauungsplan. Ich möchte aber einen Punkt stärker herausgreifen, wieso es zu dieser langen Zeit gekommen ist. Es hat viele Diskussionsrunden gegeben, vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern, der Karl ganz sicher, wir haben ja seinerzeit in getrennten Ausschüssen Stadt- und Grünraumplanung und Verkehr behandelt, wir sind da sehr oft auch zusammengesessen gemeinsam im Ausschuss und haben insbesondere das Aufschließungserfordernis Anbindung an den öffentlichen Verkehr sehr intensiv diskutiert. Und die ersten Vorschläge, die ja an uns sozusagen herangetragen wurden, war ja die Brückensituation, also das war schon eine heftige Diskussion durchaus auch mit den Fachabteilungen, das muss ich durchaus zugeben. Die Frau Verkehrsstadträtin und jetzige Bürgermeisterin war ja immer wieder im Verkehrsausschuss dabei und eingeladen, denn diese Situation hätte dazu geführt, das wurde schon angeschnitten, dass es hier die Problematik der Verbindung für die Radfahrer gegeben hätte. Das wäre also nicht möglich gewesen, diese Brücke auch für den Radverkehr zu nutzen; es wäre schon möglich gewesen, aber nur mit großen Rampen, die hier auch entsprechend gekostet hätten oder auch platzmäßig kaum möglich gewesen wären. Es ist schlussendlich dann in der Diskussion, und deshalb hat es einige Diskussionsrunden, um nicht zu sagen viele Diskussionsrunden, gebraucht, auch gemeinsam mit den Wünschen, Anliegen und den durchaus guten Ideen des Bezirkrates Puntigam und dem Bezirksvorsteher, der ja immer wieder darauf hingewiesen hat, dass es ja auch zu berücksichtigen wäre, dass das südlich angrenzende oder südwestlich angrenzende Siedlungsgebiet entsprechend anzuschließen wäre. Deshalb ist es dann auch nach langen Ringen, das sage ich bewusst dazu, zu dieser Buslinienverlängerung des 62ers gekommen. Ich denke, das ist jetzt eine sehr gute Lösung und ich denke auch, dass insbesondere die Siedlungsgebiete, die sich im Südwesten hier anschließen, das sind ja

größtenteils Einfamilienhäuser oder Mehrfamilienhäuser, klein strukturiert, dass die jetzt auch die Möglichkeit haben, durchaus fußläufig oder annähernd fußläufig sehr gut ein öffentliches Verkehrsmittel zu erreichen. Ich denke, dass das ein wesentlicher Punkt war, wieso als dieser Bebauungsplan hier doch sehr viele Runden durchmachen musste und ich denke auch, dass wir uns durchaus noch einmal bedanken sollten bei den Planungsabteilungen, die immer wieder sozusagen auf unsere Wünsche intensiv eingegangen sind, die hatten es nicht leicht mit uns, Herr Stadtrat, du hast vollkommen Recht. Ich denke, dass das jetzt ein Bebauungsplan geworden ist, der also insbesondere auch diesem Ausschließungserfordernis durchaus gerecht wird. Wir werden also diesem Bebauungsplan, insbesondere auch aufgrund dieser Erfüllung dieses Aufschließungserfordernisses, zustimmen (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.27 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Es ist mir wirklich in dem konkreten Fall persönlich ein Anliegen, mich hier zu Wort zu melden. Warum? Weil genau dieses Ringen, von dem gerade der Herr Gemeinderat Topf gesprochen hat, ich in den letzten fünf Jahren gut Bescheid weiß, weil ich für die Verkehrsplanung zuständig war. Und insofern möchte ich nur eines erwähnen, das ist kein Stück, welches die Vizebürgermeisterin eingebracht hat, dieser Bebauungsplan, sehr geehrter Herr Lohr, sondern das ist ein Erbstück von Schwarz-Blau aus der letzten Regierung, und sie jetzt sozusagen mit ihren Abteilung bemüht ist, erstens das aufzugreifen, was in der letzten Periode in der Verkehrsplanung sozusagen mit Unterstützung auch des Bezirkrates, weil der Herr Bezirksvorsteher ja auch hier ist, einzufließen, und das waren viele, viele Treffen, viele Gespräche und auch erfreulicherweise gute Gespräche, weil sie genau zu dem Ergebnis schon in der letzten Periode geführt haben. Wir wissen alle, unabhängig von einem Kohlbacher, dass dort die Erschließung mit einem öffentlichen Verkehr für die Bewohner und

Bewohnerinnen in den Einfamilienhäusern immer schon problematisch war. Die haben immer schon einen weiteren Weg gehabt und waren mit der Grund, warum viele eben nicht auf einen öffentlichen Verkehr umgestiegen sind, weil das einfach fußläufig zu weit war. Insofern ist jetzt die Erschließung mit dem ÖV, der 62er, nicht nur ein Vorteil für die künftigen Bewohner:innen der Kohlbachersiedlung, sondern selbstverständlich auch für die Bewohner:innen, die hier schon lange wohnen. Das weiß ich auch aus vielen persönlichen Gesprächen und deshalb ist der ÖV in jedem Fall dort so oder so ganz ein wichtiger Punkt, und dass der 62er in der Dichte und auch in den Betriebszeiten ausgeweitet jetzt künftighin sein wird, ist auch in Wirklichkeit ein Beschluss in der letzten Periode, nur zu Erinnerung. Insofern ist vor allem, was die Verkehrserschließung dort betrifft, der Bebauungsplan tolerierbar und sagen wir so, akzeptabel, aber natürlich muss man auch wissen, die Leute müssen auch umsteigen. Fahren alle mit dem Auto, dann wird das für den Schwarzen Weg nicht optimal sein, das muss uns allen auch bewusst sein, aber das Angebot zum Umsteigen wird es geben und das ist in Wirklichkeit der Mehrwert in diesem Stück. Danke (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (14.30 Uhr).***

**KO GR Dreisiebner:**

Zu allererst muss ich um Verzeihung bitten, ich habe bei den Aufschließungserforderungen genannt, dass die siedlungsöffentliche Grünfläche im Ausmaß von 20 % der Gesamtfläche, was nicht wenig ist bei fast 10 Hektar, knapp 1 Hektar, dass das Aufschließungserfordernis schon erfüllt ist und aufgehoben wird. Was nicht erfüllt ist und im weiteren Bauverfahren zu erledigen ist, ist Lärmfreistellung gegenüber dem Straßenverkehr etc. bzw. Abwasserentsorgung auf technischem Stand, da habe ich mich ein bisschen vergoggelt, man möge es mir nachsehen. Aber zum einen, herzlichen Dank, vor allem an die ÖVP, an alle anderen, die zustimmen, weil es nicht selbstverständlich ist, wenn man quasi von der Koalition oder

Regierungsverantwortung zu einer anderen Rolle wechselt und trotzdem bereit ist, den Prozess weiterhin mitzutragen und das Positive an einem Bebauungsplan zu sehen, der natürlich jetzt nicht unser Wunschkind war in der Stadtplanung. Ich glaube, das kann man für alle hier so sagen, weil das eine, wie ich eingangs schon sagte, sehr schwierige Umgebung ist, auch was die Baustrukturen betrifft, die Umgebung mit Einkaufszentren, Gewerbe und Hochleistungs-, übergeordneten Verkehrsadern. Aber es ist ja nicht so, lieber Kollege Sikora, dass die Probleme und Sorgen der Bestandsbewohner:innen jetzt größer werden, wenn sie einen Bus bekommen, dass sie größer werden, wenn sie Einkaufs- und Kinderbetreuungsmöglichkeit bekommen, wenn sie Fuß- und Raddurchwegungen, z.B. zum Bezirkssportplatz oder zu einem öffentlichen Grün bekommen. Ich glaube, dass es ein Teil ist, der positiv ist, dass in diesem Bereich nahe Infrastruktur zuwächst. Natürlich, wie Bürgermeisterin Elke Kahr richtig gesagt hat, wenn alle mit dem Auto fahren, dann wird das andere Konsequenzen haben, aber das könnten wir erstens nicht diktieren, wollen wir auch nicht, aber wir können einladen, und ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist. Jetzt zum Kollegen Lohr, da gilt das Gegenteil, was ich für den Gemeinderat Topf, bei aller Wertschätzung auch für dich, lieber Kollege Lohr, zu sagen habe. Erstens ist das keine hohe Dichte, 0,8 ist mehr oder weniger die Untergrenze und 0,6, ist im Übrigen die Hälfte davon ca., ist die Untergrenze, um überhaupt sowas wie eine Infrastrukturverbesserung andenken zu können. Und Betriebe dazu zu bringen, dass sie sich ansiedeln, dass man genügend Kinder hat, um eine Kinderbetreuung hinzustellen, dass auch vielleicht noch ein Arzt oder eine Ärztin kommt, was auch immer, dass ein Bus fahren kann, da muss ich mich schon irgendwann entscheiden. Aber ich weiß schon, ihr seid in der vorigen Periode hier gesessen und habt keine Meinung gehabt, ich habe euch immer auch vermisst in der Meinungsbildung, in den Ausschüssen oder auch mit der Bezirksvertretung und mit Bürger:innen, da habe ich euch wirklich sehr vermisst, und jetzt seid ihr halt Opposition, seid ihr halt dagegen, macht ja nichts. Aber wie gesagt, irgendwann müssen wir uns entscheiden, wollen wir mit möglichst viel Durchgrünung bauen, vielleicht in die Höhe bauen, eine gewisse verträgliche Dichte

zulassen oder wollen wir das so machen wie ihr, zuerst keine Meinung haben und dann sicherheitshalber dagegen sein? Ich danke allen anderen für die Annahme (*Appl.*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.35 Uhr).***

**Berichterstatterin: Bgm.<sup>in</sup> Kahr**

**7.11 Stk. 5) A21-062836/2017/0008      Änderung der Richtlinien für die  
Gewährung einer Mietzinszahlung durch  
die Stadt Graz**

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Wenn Sie erlauben, bleibe ich gleich auf meinem Platz sitzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir erlaubt, dieses Stück selbst zu berichten, nicht weil das jemand anderer nicht auch gut kann, aber weil ich es seit dem ersten Tag gut kenne. Das ist 1997 im Gemeinderat einstimmig, die Mietzinszahlung, beschlossen worden. Darüber waren wir sehr froh. Warum? Weil wir das Problem gehabt haben, dass in den Übertragungswohnbauten, wo die Stadt das Zuweisungsrecht hat, durch Annuitätensprünge oft Bewohner:innen ausziehen mussten, weil sie sich das dann nicht mehr leisten konnten, um es sehr einfach zu sagen. Und deshalb haben wir gesagt, und das ist auch beschlossen worden, dass die Miete, die Betriebskosten und die Heizung, da ist ja ein Durchschnittswert immer errechnet worden, nicht mehr als ein Drittel vom Gesamteinkommen einer Familie oder einer Person betragen soll. Es ist dann 2017 noch einmal zu einer Änderung gekommen und wir haben uns jetzt erlaubt und im Ausschuss auch diese Änderung vorgeschlagen, eine neuerliche, die dankenswerterweise auch einstimmig dort angenommen worden ist, noch einmal zu ändern. Warum? Wir haben in drei Punkten gesehen, dass es noch immer eine

Adaptierung braucht. Einerseits haben wir die Einkommensgrenze für die Einpersonenhaushalte von 1.000 auf 1.300 netto erhöht. Das ist wichtig, weil Sie wissen, dass dort viele eben rausgefallen sind, weil sie halt um ein paar Euro drüber gewesen sind, und wir reden hier immer von Mindestpensionist:innen mit Ausgleichszulagen. Zweitens haben wir die Änderung vorgenommen, um auch eine Angleichung an die Wohnunterstützung im Land zu haben. Es sind noch immer die Quadratmeter in die Personenanzahl einberechnet worden, das heißt, die Wohnungsgröße in Bezug auf die Personenanzahl spielt künftighin keine Rolle mehr. Und der dritte ganz wichtige Punkt ist, wir alle reden und lesen von der Teuerung, wir wissen auch, dass die Leute es tatsächlich spüren, gerade auch bei der Heizung, und deshalb waren wir der Meinung, dass nicht mehr der durchschnittliche Heizungswert hergenommen werden soll, sondern der tatsächliche Verbrauch, den eine Familie oder Person vorgeschrieben bekommt. Und das heißt, die Miete, die Betriebskosten und die gesamten Heizkosten, die eine Familie hat, sollen herangezogen werden, wenn es um die Berechnung des Einkommensdrittels geht und um den zumutbaren Wohnungsaufwand, wie das dann so schön heißt. Das wird tausenden von Familien und Personen in unseren Gemeindewohnungen und in unseren Übertragungswohnbauten helfen, das war die Intention, weil wir alles dazu tun müssen, dass unsere Bewohner:innen, das sind doch ca. über 11.000 Haushalte, Erleichterungen erfahren. Hier können wir konkret helfen und deshalb haben wir das auch so einbracht. Und ich möchte nur noch anmerken, dass gerechnet wird, dass das Budget des Amtes für Wohnungsangelegenheiten im Jahr 2022 265.700 Euro für diese Mietzinszahlung vorgesehen hat. Wir gehen davon aus, dass wir das Auslangen damit finden werden, und ich kann Ihnen ganz konkret sagen, das Haus Sackstraße 20, das ist der ehemalige Reinerhof hier in der Innenstadt, die sind sehr dankbar, dass das kommen wird. Warum? Weil dort ein Großteil dieser Bewohner:innen, und wir reden hier von Altmietern, die alle berufstätig waren und Pensionen haben, wo aber hohe Kosten der Heizung vor allem auch durch Darlehensrückzahlungen auf sie zukommen werden und die ausziehen hätten müssen. Damit können sie jetzt künftighin

verbleiben, das nur zu Ihrer Information. Und ich ersuche Sie hier im Gemeinderat, genauso wie im Ausschuss, dem Stück zuzustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, idF. LGBl 118/2021, die beiliegenden Richtlinien für die Gewährung einer Mietzinszahlung durch die Stadt Graz beschließen. Diese Richtlinien treten mit 1.6.2022 in Kraft.*

**Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (14.40 Uhr).**

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Taberhofer**

**7.12 Stk. 6) A21-017563/2009/0070      Richtlinien für die Stadtteilarbeit in Graz (SIBET)**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, das nächste Stück betrifft die Richtlinien für die Stadtteilarbeit in Graz, und es hat dazu am 1. Oktober 2015 ist eben ein Leitbild zur Stadtteilarbeit in Graz im Gemeinderat beschlossen worden und dient eben als Grundlage bei der Entwicklung der Stadtteilarbeit in Graz. Und in Zusammenarbeit vor allem mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Friedensbüros wurden eben jetzt neue Kriterien erarbeitet. Und um diesen jeweiligen

Anforderungen in unterschiedlichen Stadtgebieten entsprechen zu können und auch eine nachhaltige Entwicklung in der Stadtteilarbeit garantieren zu können, werden in Zukunft zusätzlich zu den Nachbarschaftszentren wieder Stadtteilzentren eingerichtet werden, und neu dazu kommen auch eine Reihe von Stadtteiltreffs. Die Förderung von Projekten der Stadtteilarbeit soll für alle anderen Institutionen weitergeführt werden. In diesem Zusammenhang sollen für die neuen Förderschienen folgende Förderhöhen eben festgelegt werden: für die Stadtteilzentren bis zu 150.000 Euro, inklusive 25.000 je Außenstelle, für die Nachbarschaftszentren bis 50.000 Euro, für die Stadtteiltreffs bis 15.000 Euro und für die Stadtteilprojekte bis zu 10.000 Euro. Die Koordination und Qualitätssicherung der Stadtteilarbeit erfolgt also eben weiterhin durch das Friedensbüro Graz, welches eben auch damit beauftragt wird, und deshalb stellt das Amt für Wohnungsangelegenheiten den Antrag, dass wir als Gemeinderat gemäß § 45 Abs. 2 Z 25 beschließen sollen: Den Richtlinien für die Stadtteilarbeit der Stadt Graz wird zugestimmt und diese Richtlinien treten mit 1.1.2022 in Kraft (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Den Richtlinien für die Stadtteilarbeit (SIBET) der Stadt Graz wird zugestimmt. Diese Richtlinien treten mit 1.1.2022 in Kraft.*

**GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Endlich, sage ich, ich habe jahrelang in der Stadtteilarbeit selber gearbeitet und kenne die Herausforderungen, mit denen ich selbst persönlich auch zu kämpfen hätte. Weil, was macht denn so ein Stadtteilzentrum oder Nachbarschaftszentrum und ein Stadtteilarbeiter? Wir mussten, ich bin ja nicht mehr in der Stadtteilarbeit, weil ich es zugunsten meiner Arbeit im Gemeinderat aufgeben habe, wir mussten vernetzen,

Kommunikation treiben mit der Nachbarschaft und als Brücke zur Verwaltung und zur Politik fungieren, partizipative Prozesse initiieren bzw. begleiten und auch teilweise moderieren im Konfliktfall etc. Und das war immer sehr schwierig, wenn mich jemand gefragt hat: Worin besteht deine Arbeit? Und dann habe ich überlegen müssen, wie ich das mache, wie ich das erkläre in zwei Sätzen. Weil wenn man dann sieht, wie komplex einfach dieses Aufgabenfeld ist, dann ist es nicht leicht in zwei Sätzen zu erklären. Und ich habe für mich damals, also für Sie, sagen wir einmal, dass Sie das verstehen, als intermediäre Instanz den Begriff für mich geprägt und zu den Besucher:innen im Nachbarschaftszentrum die Brückenfunktion geprägt. So konnten sie das verstehen, aber, wenn man sich jetzt anschaut, welchen Umfang diese Arbeit hat, dann würde man, glaube ich, ziemlich schnell verstehen, warum es notwendig war, die Finanzierung auch besserzustellen. Weil mit der Finanzierung der letzten Jahre war das kaum möglich, diesen allen Ansprüchen überhaupt gerecht zu werden, und wenn jemand in der Stadtteilarbeit hier tätig ist und meine Kolleg:innen, die ich in der Stadtteilarbeit kennengelernt habe, sind alle mit Herzblut dabei und wollen natürlich diese Kriterien erfüllen, und mit der Finanzierung den Richtlinien, die die letzten Jahre gültig waren, war das einfach nicht adäquat möglich. Deswegen bin ich sehr, sehr froh, dass es diese Richtlinienänderung, gegeben hat, und bin natürlich für dieses Stück. Danke (*Appl.*).

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf unseren Zusatzantrag einbringen zum Tagesordnungspunkt 6. Wir sind uns einig, die Stadtteilarbeit ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Grazer Bevölkerung und der Stadt Graz. Wir können damit Menschen im Alltag unterstützen, wir können der Vereinsamung vorbeugen und vor allem muss die Stadtteilarbeit aber wenn dann neutral und überparteilich sein. Für uns ein weiterer wichtiger Punkt ist die Transparenz. Da es nun drei Kategorien gibt, ist es unumgänglich, dass es genaue Kriterien gibt, wann und wo ein neues Zentrum entsteht und warum ein neues

Zentrum entsteht, ob es sinnvoll ist. Und schlussendlich handelt es sich um Steuergeld, und da muss sichergestellt sein, dass mit dem Steuergeld bzw. dem dazu vorgesehenen Budget sorgsam und zielorientiert umgegangen und das Geld auch sinnvoll eingesetzt wird. Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Um die Transparenz und Objektivierung zu gewährleisten, muss zu Anträgen auf Neueinrichtung einer Einrichtung oder zur Änderung der Kategorie einer Einrichtung eine Stellungnahme des Bezirkrates verpflichtend eingeholt werden.
- 2) Ebenso soll ein Beirat für Stadtteilarbeit eingerichtet werden, der aus externen Experten, Experten der Verwaltung und im Sinne der Überparteilichkeit auch aus Angehörigen aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen besteht. Dem Beirat sind die vorgenannten Anträge vorzulegen, wozu dieser einen Entscheidungsvorschlag erstattet.
- 3) Im Sinne der Förderungsrichtlinien der Landeshauptstadt Graz soll, wie zum Beispiel bei kulturellen Einrichtungen üblich, eine Förderungszusage von mindestens zwei Jahren gegeben werden, um eine bessere Planbarkeit für die einzelnen Einrichtungen bzw. die handelnden Personen zu gewährleisten.
- 4) Um eine entsprechende Qualität der Einrichtungen sicherzustellen, ist ein diesbezüglicher Kriterien- und Maßnahmenkatalog zu erstellen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Die Stadtteilarbeit stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen der Stadt Graz und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt dar. Sie ist ein wichtiges Instrumentarium, um Menschen im Alltag zu unterstützen, Vereinsamung vorzubeugen und soll zudem weltanschaulich neutral und überparteilich sein.*

*Ebenso ein wichtiger Punkt der Stadtteilarbeit ist die Transparenz. Da es nun drei Kategorien von Einrichtungen geben soll, muss klar nachvollziehbar sein, wann und in welchem Bezirk es zu einer Neueinrichtung kommt sowie ob eine Änderung der Kategorie einer Einrichtung im jeweiligen Bezirk sinnvoll ist.*

*Da es sich hier schlussendlich um Steuergeld handelt, muss auch sichergestellt sein, dass mit dem dazu vorgesehenen Budget sorgsam und zielorientiert umgegangen und das Geld auch sinnvoll eingesetzt wird.*

*Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**Zusatzantrag**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1) Um die Transparenz und Objektivierung zu gewährleisten, muss zu Anträgen auf Neueinrichtung einer Einrichtung oder zur Änderung der Kategorie einer Einrichtung eine Stellungnahme des Bezirksrates verpflichtend eingeholt werden.*
- 2) Ebenso soll ein Beirat für Stadtteilarbeit eingerichtet werden, der aus externen Experten, Experten der Verwaltung und im Sinne der Überparteilichkeit auch aus Angehörigen aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen besteht. Dem Beirat sind die vorgenannten Anträge vorzulegen, wozu dieser einen Entscheidungsvorschlag erstattet.*

- 3) *Im Sinne der Förderungsrichtlinien der Landeshauptstadt Graz soll, wie zum Beispiel bei kulturellen Einrichtungen üblich, eine Förderungszusage von mindestens zwei Jahren gegeben werden, um eine bessere Planbarkeit für die einzelnen Einrichtungen bzw. die handelnden Personen zu gewährleisten.*
- 4) *Um eine entsprechende Qualität der Einrichtungen sicherzustellen, ist ein diesbezüglicher Kriterien- und Maßnahmenkatalog zu erstellen.*

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Ich begrüße Sie auch alle recht herzlich. Meiner Empfindung nach sind wir alle Stadtteilarbeiter, ich genauso wie auch sehr viele Bezirksräte da draußen, indem wir die Anliegen von den Bürgern abholen, uns darum kümmern und ihnen weiterhelfen bei ihren Lösungsansätzen. Unserer Erfahrung nach ist es so, dass die Stadtteilzentren, das hinterfragen wir ein bisschen, die Nachbarschaftszentren, ja, da gibt es sehr viele Ehrenamtliche, die hier mitarbeiten und die mir in letzter Zeit erzählt haben, ich will keinen Cent dafür haben, ich arbeite sehr gerne und ich sehe, dass es hier sehr, sehr gute Projekte gibt und die man auf jeden Fall natürlich weiterführen muss. Aber unserer Meinung nach sind eben, wie gesagt, die Nachbarschaftszentren und die Stadtteilzentren ein großer Unterschied und die Stadtteilzentren verschlingen unserer Meinung nach sehr viel Geld. Das hat sich schon gezeigt, als wir die Stadtteilarbeit neu aufgestellt haben vor einigen Jahren. Da waren uns drei Punkte sehr, sehr wichtig: Und zwar die Stärkung der Bezirksebene, weil eben die Bezirkspolitiker dort draußen sind und genau wissen, was die Bürger und Bewohner brauchen; dann die Fokussierung der Ehrenamtlichkeit, weil es einfach wichtig ist, dass man auch einmal einfach nur so, wenn man jemanden mag oder jemandem helfen möchte, sich einsetzt; und drittens einmal, wir sind einfach gegen überhöhte Personalkosten, weil wir gesehen haben, dass es eben dort oder da Stadtteilzentren gibt, wo 80 % der Förderhöhe die Personalkosten ausgemacht haben, und da haben wir einfach einen anderen Zugang

dazu, deswegen werden wir da nicht zustimmen. Wie gesagt, wir wollen die Bezirksräte und die Nachbarschaft stärken, das ist uns ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, das hat sich in den letzten Jahren auch bewährt, weil es sehr, sehr viele Projekte gegeben hat, die neu gestartet haben, wo viele neu teilgenommen haben, ob es jetzt in einem Raum gewesen ist, ob es jetzt in einer Parkanlage gewesen ist; es haben sich viele Nachbarschaften gefunden, viele ältere Menschen haben sich zusammengetan, einander geholfen, sie haben sie begleitet bei Theaterbesuchen, haben sich genauso im Museum die Kunst angeschaut, und auch natürlich Kultur ist auch sehr wichtig gewesen, und alles das ist, soweit ich weiß, ehrenamtlich begleitet worden. Also hier Klientelpolitik zu machen und überbordende zukünftige Personalkosten anzusetzen, das ist nicht unser Gedanke, hat sich bewiesen aber, dass es eben früher so gewesen ist, deswegen sind wir hier sehr kritisch. Wenn ich jetzt schaue, dass in jedem Stadtteilzentrum zukünftig zwei Personen zu je 30 Stunden arbeiten sollen, dann frage ich mich: Wie wichtig ist es, dass man dort wirklich ein hochqualifiziertes niederschwelliges Angebot tatsächlich anbietet? Unserer Meinung nach muss das nicht unbedingt sein. Natürlich kann man den Prozess begleiten und manchmal braucht man professionelle Begleitung, dafür gibt es eben die Projekte, die man aufziehen kann; aber permanent da jemanden, der eine hohe Ausbildung hat, bezahlen zu müssen, das ist einfach nicht unser Ansatz. Wie gesagt, zur Stadtteilarbeit stehen wir, wir wissen, dass es wichtig ist und wir wissen, dass es Problemfelder gibt. Weil wenn ich da hinausgehe in Siedlungen und sehe, wie viele verschiedene Menschen dort zusammenleben aus verschiedener Herkunft, wo jeder eine andere Meinung hat, wie man in einer Nachbarschaft lebt, und wenn ich da ein spezielles Stadtteilzentrum beobachte in den letzten Jahren, dann habe ich jetzt nicht das Gefühl gehabt, dass sich da tatsächlich etwas geändert hat. Und ich kann sagen, ich war wirklich sehr viel draußen, ich habe auch mit den Bürgern gemeinsam Sperrmüll entsorgt und einfach geschaut, dass sie auch da ein Streitfeld weniger haben, und wie gesagt, wir stimmen dem nicht zu, weil wir einfach denken, dass das auch kostengünstiger geht und dass man einander auch helfen kann, ohne immer hochbezahlt dafür zu werden (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Richtlinien, die wir heute beschließen werden, sind sehr, sehr wichtig, weil die jetzt vorliegenden Richtlinien sind letztendlich eine Korrektur, eine Korrektur politischen Handelns, das in der letzten Periode passiert ist und mit gutem Recht als Zerschlagung der professionellen Stadtteilarbeit bezeichnet werden konnte. Stadtteilzentren, die langjährig vor Ort Netzwerke aufgebaut haben, eine wichtige Anlaufstelle für Bürger:innen, gerade auch in benachteiligten Bezirken, haben einfach die Grundbasis für Subventionen massiv gekürzt bekommen und konnten ihr Personal nicht mehr anstellen. Außerdem ist damals neben diesen Kürzungen, die sind wirklich vor dem Aus gestanden, die Stadtteilzentren, ich habe das die letzten Jahre verfolgt, die waren verzweifelt, die wussten nicht mehr, wie sie ihre Arbeit machen können und was sie all den Menschen sagen sollen, die vorher immer wieder zu ihnen gekommen sind und Unterstützung gebraucht haben, die waren wirklich verzweifelt. Das ist das eine, aber auch ebenso fragwürdig war diese Idee, den Bezirksräten quasi die Verantwortung zu geben, eine Vorbewertung von Subventionsansuchen im Bereich der Stadtteilarbeit durchzuführen. Warum war das fragwürdig? Zum einen muss man sich fragen, ob die Bezirksräte dafür wirklich die richtige Instanz sind. Bezirksräte sind politische Vertretungen und, glaube ich, nicht Expert:innen für professionelles Gemeinwesen und Sozialarbeit, die nämlich in den Stadtteilzentren passiert ist. Es ist aber auch deswegen fragwürdig, weil da in einigen Fällen ein sehr grundlegendes Prinzip von transparenter Förderungsvergabe verletzt worden ist, ich glaube, da sind wir uns doch alle einig, Förderungen sollten so ablaufen, dass es eine Trennung gibt von dem, der eine Förderung beantragt und der Instanz, die über diese Förderungen berät oder diese Förderung bewertet. Und das ist z.B. bei Bezirksräten eben nicht der Fall gewesen. Wir haben einen ehemaligen Bezirksvorsteher im Bezirk Jakomini, der dann selber Stadtteilarbeit machen wollte, gleichzeitig aber im Bezirksrat über die Subventionen beraten hat, und das ist doch eine Art von Doppelgleisigkeit, die wir eigentlich in einer transparenten Förderpolitik nicht wollen, die in Graz nichts verloren hat (*Appl.*).

Und was ja dann noch in weiterer Folge paradox war, es gab Empfehlungen aus den Bezirksräten, die ja größtenteils auch die bestehenden Stadtteilzentren sehr geschätzt haben und gewusst haben, was die für eine wertvolle Arbeit leisten, und trotzdem wurden vom damaligen Vizebürgermeister dann wirklich willkürlich Subventionen gestrichen. Also das war in den letzten Jahren eine Politik der Willkür, die wir jetzt zum Glück beenden. Warum können wir dem Zusatzantrag der ÖVP nicht zustimmen? Also der ist ja inhaltlich schon interessant, darüber möchte ich gerne diskutieren. Das eine ist, das, was ihr hier fordert, das ist in den Richtlinien festgehalten. Es gibt ja da ganz klare Kriterien für Stadtteilzentren, Nachbarschaftszentren, Stadtteiltreffs und auch immer eben Vorgaben, z.B. welche Ausbildung die Personen haben müssen, die dort arbeiten, verschiedene Kriterien dafür, um eben die Förderhöhe auch zu bekommen. Also diese Richtlinien enthalten ja genau das, was ihr wollt. Und das andere, wo es um die mehrjährigen Förderungen geht, da kann ich sagen, das ist etwas, das wir auch so sehen, wir wollen die Stadtteilarbeit in Graz langfristig absichern, haben aber auch das Ziel, mit dem jetzigen Budget die Stadtteilarbeit noch besser finanziell abzusichern und werden erst dann mehrjährige Förderverträge anbieten. Und jetzt noch abschließend zu dem, was die Kollegin Schönbacher gesagt hat. Ja, wir alle sind in der Stadt unterwegs, aber deswegen sind wir keine professionellen Stadtteilarbeiter:innen, das ist ein großes Missverständnis. Es ist natürlich ganz wichtig, dass wir als Politiker:innen mit Bürger:innen in Kontakt sind, aber wir sind Politiker:innen natürlich mit einem parteipolitischen Hintergrund und Stadtteilarbeit ist das Gegenteil davon. Das sind Menschen mit einer professionellen Ausbildung aus dem Sozialbereich, wie auch immer die parteipolitisch agieren sollen im Sinne des Gemeinwesens, die Menschen unterstützen sollen, auch mit wenig Ressourcen, sich hier in der Stadt einzubringen und, was uns auch ein großes Anliegen sein wird, auch mehr Partizipation und Bürger:innenbeteiligung vor Ort ermöglichen werden, wenn es um Stadtplanung geht, endlich dort hinzukommen, dass Menschen wirklich den öffentlichen Raum in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung auch aktiver mitgestalten können. All diese Dinge haben wir vor in der Stadtteilarbeit, die sind uns wichtig, werden auch von vielen Professionist:innen in der Stadtteilarbeit gleich gesehen und das ist eigentlich eben das

Gegenteil von Parteipolitik und das muss dringend entflochten werden. In dem Sinne freue ich mich, wenn die Richtlinien breite Zustimmung finden (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.00 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss mich doch zu Wort melden, weil an sich dachte ich, dass dieses Stück für sich spricht, weil es in Wirklichkeit genau das regeln soll, wie es sich gehört, nämlich: Warum und in welcher Höhe eine gewisse Einrichtung wie viele Mittel erhalten soll. Aus einem einfachen Grund, weil es natürlich eine Obergrenze der Fördermittel gibt und das natürlich nicht jeder, der jetzt sagt, ich bin jetzt ein Stadtteilzentrum oder ein Nachbarschaftszentrum, dann willkürlich Förderungen bekommen kann und soll. Und dieser Prozess damals, 2012, ich durfte die Stadtteilarbeit aufbauen, fast mit null Euro, soviel auch zum Ehrenamt des Stadtteilzentrums in der Triester Siedlung, weil dort hat die Kollegin, nur zur Information, das können Sie nicht wissen, weil Sie damals noch nicht im Gemeinderat waren, fast über eineinhalb Jahre zum Nulltarif gearbeitet im Stadtteilzentrum, das muss man wissen, und viele andere auch. Und das war das Bemühen damals der Stadtregierung zu schauen, wie können wir Richtlinien erarbeiten, damit das Ganze auf eine Grundlage kommt und auch eine entsprechende finanzielle Unterfütterung bekommt für die jeweiligen Einrichtungen. Und das war ein Prozess von über zwei Jahren, politikbefreit Gott sei Dank, denn weil das Friedensbüro den Auftrag bekommen hat, die Frau Mag.<sup>a</sup> Dier, genau diesen Prozess gemeinsam mit allen Abteilungen und Ämtern, Jugendamt, Sozialamt, Stadtvermessung, Abteilung Grünraum, um nämlich zu eruieren, wo in unserer Stadt Graz die Gebiete sind, wo Menschen leben, die weniger persönliche Ressourcen haben. Wie das so in dieser Sprache heißt, ich würde sagen, einfach Leute, die weniger Einkommen haben, die weniger Infrastruktur vorfinden, und genau dort haben wir gemeinsam gesagt, und das

ist ein Prozess, der mit allen Bezirksräten, nämlich mit allen 17 Bezirksrät:innen, das war sehr viel Arbeit für die Kolleg:innen des Friedensbüros und auch des Stadtvermessungsamtes, ist das erarbeitet worden, und man hat eine Landkarte der Stadt Graz auch erstellt, wo man genau bestätigt bekommen hat, dass die Implementierung der damaligen Stadtteilzentren in Eggenberg, in Gries und auch in Lend richtig gelegen sind. Weil das war eben der Sinn und Zweck, einmal zu überprüfen, ob wir hier überhaupt richtig liegen. Man hat dazu erkannt, dass ein weiterer Ausbau eigentlich im Westen von Graz und in Gösting notwendig gewesen wäre, und dazu gekommen sind aber noch selbstverständlich viele Initiativen wie das Nachbarschaftszentrum des Mehrgenerationenhauses in St. Peter, das auch eine gewisse Historie und Geschichte hat, und wo aber gut ist, dass es diese Nachbarschaftszentren dann weiterhin, das Magerl-Bad usw., auch gegeben hat. Das hat alles eine Historie und jetzt sind natürlich in den letzten Jahren Initiativen von Bewohnerschaft oder von einzelnen Leuten auch noch dazugekommen, die aber per se nicht gleich ein Stadtteilzentrum sein müssen. Die wir aber, wenn sie gut arbeiten für die Bevölkerung und mit der Bevölkerung, in den Grätzeln schauen möchten, dass wir sie zumindest in Form von Projekten oder als Stadtteilzentrum unterstützen möchten, ob das jetzt für die Initiativen in der Herz-Jesu-Gegend ist oder auch z.B. in der Ragnitz draußen am Berliner-Ring. Und genau deshalb dient dieses Instrument jetzt, was ja nichts anderes ist als eine noch genauere Detaillierung. Und gerne, damit der Herr Gemeinderat Huber auch den Zusatzantrag nicht umsonst stellt, weil das wäre nämlich der nächste Schritt gewesen, es gibt eben Treffen mit den Stadtteilzentren und mit allen anderen Einrichtungen, um genau auf Basis dieser Richtlinien sozusagen auch die Vorgabe, die der Gemeinderat gibt, auch einzuhalten, und dass man in diese Richtung arbeitet. Und dass hier die Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat selbstverständlich sinnvoll ist, das ist logisch und das wird auch die nächste Runde sein, wo alle Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen genau in der Richtung nicht nur die Information erhalten, sondern genau die Zusammenarbeit auch in die Richtung gehen wird, weil das ist sogar eine Grundbedingung in dieser Richtlinie, wenn Sie sie lesen ...

*Zwischenruf GR **Huber**: Es steht nur drinnen, dass sie informiert werden.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

... nicht nur informiert, das ist immer auch im Zusammenspiel gewesen. Also entscheiden kann es nicht der Bezirksrat, aber die Zusammenarbeit und die Information ist es gescheit, wenn ein neuer Antrag kommt, macht immer Sinn, und das soll auch immer mit dem Friedensbüro in Abstimmung erfolgen. Aber dieses Prozedere werden wir angehen und da werden auch alle Bezirksvorstehungen rechtzeitig informiert, das wird im Sommer auch erfolgen, nur vorab schon zur Information. Aber jetzt brauchen wir einmal die Grundlage, nämlich die Richtlinien, damit wir überhaupt in die Richtung arbeiten können. Danke vielmals fürs Zuhören (*Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (15.05 Uhr).**

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte doch noch einmal zwei, drei Punkte aus diesem Zusatzantrag stärker herausgreifen. Es ist ja doch so, dass wir immer wieder in der Diskussion sind, inwieweit die Bezirksräte, die Bezirksdemokratie hier in Prozesse eingebunden werden, und ich sehe schon ein wenig das Problem, insbesondere was sozusagen die Diskussion in den Bezirksräten sein wird, welcher Kategorie eine Einrichtung zuzuordnen ist. Also das wird schon ein „heftiges Thema“ werden, wenn ich das unter Anführungszeichen so sagen darf, denn es geht ja auch um entsprechende Dotierungen, und ich denke, dass es schon, glaube ich, sinnvoll wäre, wenn es zu Kategorisierungen kommt, hier auch mit dem Bezirksrat im Sinne der Bezirksdemokratie zu sprechen. Ein zweiter Punkt scheint mir ganz wichtig zu sein, nämlich auch der Punkt drei in diesem Zusatzantrag, dass wir für die Planbarkeit in diesen Einrichtungen zumindest einen Zeithorizont von zwei Jahren

unbedingt brauchen. Das wurde heute schon angesprochen, dass es insbesondere auch für die Jugendzentren sinnvoll wäre, zweckmäßig wäre, zumindest einen Horizont von zwei Jahren für die Planbarkeit, für die finanzielle Dotierung hier zu berücksichtigen und ich glaube schon, dass also dieser Punkt drei ein ganz wichtiger Punkt wäre in dem Zusatzantrag des Kollegen Hubers, nämlich die Sicherstellung einer Planbarkeit, zumindest finanziell dotiert für zwei Jahre. Wichtig ist auch, dass wir durchaus über einen Maßnahmenkatalog sprechen, einen Kriterien-/Maßnahmenkatalog sprechen, um eben die entsprechende Qualität der Einrichtungen sicherzustellen. Also ich glaube schon, dass es hier ein Gremium brauchen würde, wo man sagt, ja, das Stadtteilzentrum, dann das Nachbarschaftszentrum, den Stadtteiltreff, das sind ja die drei Kategorien, die hier angesprochen werden, sollten schon auch hier von einem Beirat unter Umständen auch hinsichtlich der Qualität der Einrichtungen der Arbeit, die dort vollzogen wird, auch überprüfbar sein. Entscheidend für mich oder für uns in diesem Zusatzantrag ist einerseits: In welcher Form werden Kategorien festgelegt? Und ein wichtiger Punkt ist, damit man die Einrichtung auch entsprechend in der Planung unterstützt, wäre aus unserer Sicht eine Zusage der Förderung, zumindest über zwei Jahre, damit, so ähnlich wie, auch heute angesprochen, für die Jugendcenter eine Planbarkeit über einen überschaubaren Zeitraum zumindest möglich ist. Ich bitte also, noch einmal darüber nachzudenken, diesem Zusatzantrag zuzustimmen (*Appl.*).

**GR Dr. Piffel-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Manuela, wegen dir habe ich mich entschlossen, mich zu Wort zu melden. Nach deiner Wortmeldung, ich schätze dich wirklich, weil du, für uns alle erkennbar auch, versuchst, nach Prinzipien zu handeln, die durchaus auch moralische Kategorien sind. Das ist, gerade auch was unsere Partei betrifft, was mich betrifft, das nehme ich für mich in Anspruch, die Kritik soll von anderen kommen, etwas wie wir handeln sollten, das ist aber noch nicht ein Freibrief, wovon wir uns konkret leiten lassen. Und du hast

es sehr begründet ausgeführt, Dinge, wozu dann die Frau Bürgermeisterin auch sehr kompetent, aber sehr wortreich ausdrücken musste, um das wenigsten irgendwie in ein Lot zu bringen, nämlich in welches Lot? Das, was du gesagt hast, ist ein einziger Misstrauensantrag an die Bezirksdemokratie (*Appl.*).

Und das kommt ja offensichtlich nicht von ungefähr. Wenn wir die Messpunkte legen, was die Linkskoalition von der Bezirksdemokratie hält, so gibt es ja selten eine Situation, wo so viele solcher Messpunkte vorhanden sind. Ich nehme nur die Bezirke, wo ganz andere Mehrheiten von Anfang an vom Wähler entschieden wurden und hier ohne wirkliche Begründbarkeit dann eben von Mehrheiten jenseits des Wählerentscheids Gebrauch gemacht wurde. Und jetzt folgt deine Begründung, ihr stellt hier einen Misstrauensantrag auch an die Bezirke, wo ihr mit Umwegen nunmehr den Bezirksvorsteher habt, ihr schaltet ja den Bezirk mit, ich wiederhole mich, mit einem einzigen Misstrauensantrag die Bezirksdemokratie aus. Denn was steht denn in diesem Antrag? In den Richtlinien steht eben bloß, dass der Bezirksrat zu informieren ist, ja Entschuldigung, aber der Bezirksrat ist ja kein Grüß-Gott-August, sondern gewähltes Organ, und unser Abänderungsantrag sagt Transparenz und Objektivierung. Es ist eine Stellungnahme des Bezirksrates einzuholen. Ist das auch schon zu viel? Das ist ja wohl ein Mindestmaß. Die Frau Bürgermeisterin hat so wie du ausgeführt, weshalb es einfach nicht zielführend ist. Du hast das Wort parteipolitische Vorgehensweise von gewählten Bezirksorganen, der Wähler soll entscheiden, ob er die politische Gestion der von ihm gewählten Organe auch akzeptiert. Dazu dienen in dem Fall die Bezirksratswahlen, aber nicht eine Ausschaltung dieser gewählten Organe. Beiräte werden eben angeregt durch unseren Antrag zur Beratung der Stadtteilarbeit. Ist das Illegitim? Ist das eine parteipolitische Einflussnahme? Beiräte, auch wo Experten drinnen sind, das ist der Gegenstand unseres Antrages im Zusammenhang mit dem Stück, das wir zu beraten haben. Ich lehne diese Herangehensweise und auch deine Worte der Diskreditierung von gewählten Bezirksorganen wirklich ab und ich würde wirklich bitten, wir reden immer wieder von der Erweiterung von Kompetenzen der Bezirksräte. Wenn wir das mit Wien vergleichen, haben wir ohnedies nur ganz bescheidene Agenden, aber auch noch die letzten Kompetenzen den gewählten

Bezirksräten zu nehmen, und das steht Pate bei eurer Herangehensweise, das lehnen wir entschieden ab (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15.14 Uhr).***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Verzeihen Sie und Entschuldigung, dass ich dich jetzt hier so überfallen habe. Aber die Stadtteilarbeit, glauben Sie mir, alle, die länger hier sind, über das ist seit Jahrzehnten geredet worden. Wir haben es geschafft 2012, endlich einmal überhaupt das ressortmäßig wo anzudocken. Das ist nämlich nicht einfach gewesen, die Kollegin Sissi Potzinger weiß das, das war lange Stadtbaudirektion, da hat es aber stadtentwicklungspolitische Ziele gehabt, und das ist auch wichtig, weil viele Projekte, ob das die Annenstraße war oder bei anderen Sachen, wo wir weiterkommen mussten mit Infrastrukturverbesserungen, war diese Begleitung notwendig. Das hat man auch gesehen jetzt bei Smart City, bei Reininghaus, dort sind ja Initiativen entstanden, die wichtig sind, wo man die Bevölkerung mitnehmen muss, und das ist ja auch der Part, da sind wir ja noch gar nicht fertig, den meine Kollegin Vizebürgermeisterin Judith Schwentner mit ihren Bereichen und Agenden dann ja auch weiterführen wird. Den Part, den ich 2012 damals aus einer Notsituation heraus beim Wohnungsamt angedockt habe, weil es ja da vor allem um die Wohneinbegleitung, um die Siedlungsbetreuung, um die Vor-Ort-Betreuung für Nachbarschaften, von denen die Frau Stadträtin Schönbacher gesprochen hat, gegangen ist, haben wir die Notwendigkeit gesehen, das dort anzudocken; aber bitte, das ist nur ein Rat, befehlen kann man es auch nicht. Niemals sollten, macht keine gute Optik, Mandatäre in Vereinen, die Stadtteilarbeit im weitesten Sinn machen, sitzen, das macht keine gute Optik. Weil wir beschließen hier Mittel, wo man in eine Zwickmühle kommt. Da kann man zwar natürlich rausgehen bei der Gemeinderatssitzung oder auch bei der Ausschusssitzung, aber ich sage es nur, sollte das jemand vorhaben, das ist auch das,

um es abzukürzen, was die Frau Gemeinderätin Wutte gemeint hat, in der letzten Periode hat es Fördermittel für Einrichtungen gegeben, wo Mandatare auch im Vorstand sind oder sogar oft das initiiert haben, und das macht keine gute Optik. Das heißt nicht, dass die keine gute Arbeit machen, ich sage nur, es macht keine gute Optik und es ist im Übrigen auch, Frau Schönbacher, in einer Förderung gewesen bei einem Mandatar bei euch im Gries, macht auch keine gute Optik, habe ich ihm selbst gesagt, hat er sogar eingesehen. Ich sage es nur, aber sagen wir, das würde auch für meine Fraktion gelten, das predigen wir immer, immer sauber trennen, nicht im Vorstand sein, wenn es um Förderung von öffentlichen Geldern geht. Das ist der eine Punkt und der zweite Punkt, noch einmal, ich kann es nicht oft genug wiederholen, selbstverständlich ist die Zusammenarbeit mit den Bezirksrät:innen nicht nur angedacht, sondern Teil dieser Richtlinien immer gewesen. Die Information, weil die sollen ja wissen, wo wer tätig ist, und wichtig und gut ist es, dass die Bezirksmandatare diese Zusammenarbeit suchen, wie auch natürlich in anderen Vereinen, das gilt ja für Fraueneinrichtungen und for Sozialeinrichtungen genauso, aber die Expert:innen, und da bin ich jetzt bei dem Punkt der Beiräte, die brauchen wir nicht. Warum, lieber Kollege? Weil deswegen haben wir ja das Friedensbüro, da sind Mitarbeiter:innen, die tagtäglich nichts anderes machen, das sind die Expert:innen, und deswegen machen das ja auch nicht die Kolleg:innen im Wohnungsamt, sondern machen diese Evaluierung, die Bewertung, ob das Ziel und die Aufgaben, die wir als Gemeinderat sie bitten zu machen, auch erfüllen, deswegen müssen die ja jedes Jahr Evaluierungssachen bringen. Ich weiß nicht, wie es die letzten fünf Jahre war, aber in der Zeit, wo ich zuständig war und auch jetzt wieder, das sind öffentliche Gelder und da muss man auch schauen, ob die Ziele, für die wir sie gedacht haben, natürlich auch erreicht werden. Und die mehrjährige Förderung, da muss man sehen, es gibt kleine Initiativen, wo man nicht sicher sagen kann eben, wenn man es überprüft, ob die überhaupt noch fünf Jahre standhalten. Ziel ist immer die gesamte Periode diese Mittel, die sie kriegen, auch bekommen. Es kann sich aber auch verschieben, es können sich die Schwerpunkte anders setzen und da können wir gemeinsam dann wieder im Ausschuss und auch mit dem Bezirk draufkommen, es bräuchte hier nicht

nur eine Projektförderung, sondern vielleicht auch die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums. Und das ist immer dieser gemeinsame Prozess und den werden wir auch noch einmal, wenn jetzt einmal die Richtlinien beschlossen sind, gemeinsam angehen. Das wollte ich nur nochmals klarstellen und sonst können wir uns hier natürlich sehr oft noch im Kreis drehen. Dankeschön (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (15.18 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Frau Gemeinderätin Wutte ist am Wort. Als nächstes hat sich der Herr Gemeinderat Pascuttini und dann noch der Herr Gemeinderat Topf gemeldet. Das ist super, dass über die Stadtteilarbeit so viel geredet wird. Das war schon lange nicht mehr der Fall.

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde das eigentlich auch erfreulich, dass die Stadtteilarbeit allen Mandatar:innen offensichtlich sehr wichtig ist und uns alle bewegt, weil es ja auch wirklich ein sehr wichtiges Angebot unserer Stadt ist. Lieber Kollege, auch hier hinten, ich muss jetzt doch irgendwie direkt antworten, weil du mich auch so direkt angesprochen hast. Ich leite ähnlich ein wie du, ich schätze dich auch als einen Gemeinderat, der immer sehr fachlich fundiert hier herausgeht, mit Argumenten arbeiten möchte und dementsprechend habe ich mich jetzt auch ein bisschen gewundert über deine Wortmeldung, weil ich sehe wirklich nicht, wie man aus meiner Wortmeldung eine Geringschätzung der Arbeit der Bezirksrät:innen oder Bezirksdemokratie ableiten hätte können. Das ist überhaupt nicht der Fall. Ich finde, dass das beides sehr, sehr wichtige Angebote sind, das eine ist der Bezirksrat, der demokratisch gewählt wird, das andere ist die Stadtteilarbeit, die von Professionist:innen, die eben eine Ausbildung in dem

Bereich haben, im Bereich der Gemeinwesenarbeit, professionell und finanziell abgesichert durchgeführt werden soll. Das ist alles, was ich gesagt habe. Und die Elke hat es ja ganz richtig gesagt, also wenn man dann selbst im Vorstand einer Einrichtung sitzt oder selbst initiiert hat, das hat einfach eine schiefe Optik. Also das ist uns doch allen irgendwie einsichtig und klar, wenn wir eine transparente Verwaltung hier in der Stadt haben wollen, eine objektive und faire Vergabe von Steuermitteln, um die es hier letztendlich geht, kann es nicht sein, dass jemand sozusagen über seine eigenen Förderungen entscheidet, das geht sich hinten und vorne nicht aus. Und Fälle davon haben wir gesehen in der letzten Gemeinderatsperiode, und in dem Sinn finde ich es eine gute Herangehensweise, eine professionell aufgestellte, finanziell abgesicherte Stadtteilarbeit, die parteipolitisch unabhängig agiert und im Sinne der Bürger:innen der Stadt arbeitet, anzustreben. Das alles sollte unser Konsens sein und ich hoffe, dass wir uns darauf einigen können (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, ohne jetzt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt noch unnötig in die Länge zu ziehen, möchte ich doch ein paar Dinge klarstellen, weil es hier vielleicht bei manchen Mandataren ein mangelndes Demokratieverständnis gibt. Frau Kollegin Wutte, ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie davon sprechen, naja, in den Bezirksräten sitzen keine Experten, dann muss ich Ihnen sagen, die sitzen hier auch nicht, die sitzen in Wien nicht und in Brüssel genauso nicht. Es ist halt nun einmal das Wesen einer Demokratie, dass aus dem Volk kommende Persönlichkeiten in den Volksvertretungskörpern sitzen, und da kann ich vieles unterstreichen, was der Kollege Piffli-Percevic gesagt hat, nur bei einem muss ich auch wieder widersprechen, das ist auch mangelndes Demokratieverständnis, nur weil jemand gewählt wird in einem Bezirksrat und nur weil er Erster wird, ist er nicht Bezirksvorsteher. Das habe ich das letzte Mal schon gesagt und ich sage es auch heute wieder und das werde ich so lange wiederholen, bis es dann in allen Köpfen drinnen ist. Die Demokratie lebt von Mehrheiten, und wenn sich der Vierte, der Fünfte, der Sechste und der Siebte

zusammenfinden und es ist gegen die ÖVP, dann ist es nun einmal so. Das möchte ich bei dieser Situation auch sagen (*Appl.*).

Die Stadtteilarbeit, um zum Thema zurückzukehren, die lehnen wir ab diese Stadtteilzentren. Warum? Weil ja immer diese heilige Kuh, das Friedensbüro, hier durch den Gemeinderatssaal getragen wird. Ich habe als Bezirksfunktionär auch gesehen, als Bezirksrat und Bezirksvorsteher-Stellvertreter, wie oft dieses Friedensbüro einfach scheitert, wo ich mir denke, wo ist der Nutzen dieser Einrichtung? Ich gebe hier ein prominentes Beispiel, das war diese Glaubensgemeinschaft mitten in einer Wohnsiedlung, da hat das Friedensbüro immer tolle Ratschläge gehabt: „Na, habens' doch Verständnis dafür, wenn es lauter ist am Dienstag in der Nacht, weil die Herrschaften eine Nachtmesse feiern.“ Ich meine, da brauche ich niemanden, den ich dafür bezahle mit öffentlichen Geldern, dass der den Leuten auch noch sagt, habt doch Verständnis, da muss man aufeinander zugehen. Dann hat es Treffen gegeben, dann hat man Sachen ausgemacht, nur die andere Seite hat sich nicht daran gehalten. Was war im Endeffekt die Lösung? Anzuzeigen, das war die einzige Lösung, Strafen anzuhäufen und schlussendlich haben dann diese Anzeigen und diese Strafenlast gemeinsam mit Corona dieser Einrichtung, die sich vehement nicht an die Gesetze halten wollten, das Genick gebrochen; das war auch gut so, seitdem ist dort Ruhe. Also das Friedensbüro scheitert sehr, sehr oft. Dieser Institution jetzt dann noch mehr Geld zu geben, und da bin ich nicht bei Ihnen, dass das überparteilich ist, schauen wir uns einmal an, wer in diesen Vereinen in dieser Stadtteilarbeit dann drinnen sitzen wird. Natürlich sitzen nicht Sie persönlich drinnen oder der Michi Ehmman, aber wenn man sich anschaut, welchen Background diese Funktionäre in diesen Vereinen haben, dann ist das eindeutig zuordenbar. Und deswegen war es ja gut, dass wir in den letzten Jahren diese, ich sage jetzt, linken Vorfeldorganisationen, ein bisschen ausgetrocknet haben. Und da muss ich jetzt eigentlich schon sagen, und das hat die Frau Bürgermeisterin richtig gesagt, es hat ja trotzdem weiter Stadtteilarbeit gegeben und es hat ja trotzdem weiter gewisse Projekte gegeben. Warum hat es dann in letzten Jahren gut funktioniert ohne Geld, warum muss man hier jetzt die Leute einstellen? Gewisse Projekte, und ich habe mir

das jetzt auch gerade vorhin auch angeschaut während der Diskussion, die machen Sinn, gewisse, aber sicher nicht alle, und ich bin mir sicher, es wird nicht besser, wenn man jetzt einfach das Füllhorn der öffentlichen Hand darüber ausschüttet und sagt, bitte macht, das glaube ich nicht (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ihr ehemaliger Vizebürgermeister hat aber von der Arbeit des Friedensbüros fünf Jahre sehr gut gelebt und profitiert und die haben ihm sehr viele heiße Kohlen rausgeholt, wo er selbst nicht vor Ort war. Die werden sich schön bedanken, wenn sie das zu hören bekommen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger:**

Nur in aller Kürze, die Diskussion dauert schon lange, wir haben ja jetzt gerade ein interessantes Novum erfahren, der Herr Pascuttini hat zu seinen Ausführungen zum Demokratieverständnis Applaus von der linken Seite bekommen. Das hat, glaube ich, Seltenheitswert, sagt aber auch einiges, weil es ist um die Bezirksratsangelegenheiten gegangen und um das nur zu korrigieren, natürlich ist es zu akzeptieren, wenn sich Mehrheiten bilden. Aber ich darf daran erinnern, dass versprochen wurde, die Wahlergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen und das ist der springende Punkt und Unterschied, erstens (*Appl.*).

Zweitens, das Friedensbüro ist mir bestens bekannt, ich möchte deswegen auch dezidiert festhalten, dass die gute Arbeit leisten, gerade mit Projekten wie Navas usw., also sie sind wichtig in den Bezirken, weil sie erstens Probleme aufzeigen und zweitens tatsächlich vor Ort helfen. Drittens, die Bezirksräte und -rätinnen sind aus meiner Sicht selbstverständlich Experten und Expertinnen im Bezirk, schon alleine deswegen, weil sie ständig vor Ort Arbeit leisten und dementsprechend sind sie, weil das ist eine mühsame Arbeit, die nicht besonders bezahlt wird, die weit über ein Maß hinausgeht, das man sich, glaube ich, so grundsätzlich vorstellt, das gehört geschätzt und

deswegen ist auch die Stimme der Bezirksräte und -rätinnen wichtig. Und ich darf auch sagen, wir können uns sicher gerne darauf einigen, dass eine Verquickung von Funktionen und Tätigkeiten in Vereinen nicht besonders, wie soll man sagen, manchmal etwas überprüft gehört, das gilt aber, wie gesagt, auch für Leute, die jetzt schon tätig sind. Und wir wissen alle, dass es selbstverständlich interessante und intensivste Verbindung zu Parteien und auch deren Themen gibt. Es gibt nämlich neben dem Herrn Strobl auch einen Herrn Possath, der vielleicht nicht im Bezirksrat sitzt, aber selbstverständlich trotzdem höchst aktiv ist und das muss man bitte benennen können und aus diesem Grund halte ich einen Beirat auch für wichtig. Weil ein Beirat, und wir sind ja alle eigentlich immer der Meinung, Partizipation ist so wichtig, ist erstens einmal keine Ausnahmeerscheinung in dieser Stadt, Gott sei Dank, weil wir haben ganz viele Beiräte, die von Leuten besetzt sind oder werden, das kann man sich ja dann entsprechend ausmachen, die etwas Sachdienliches beitragen können. Und da geht es um ganz viele Dinge, weil ich glaube, es ist unbestritten, dass Stadtteilzentren und alle anderen, die hier auch betroffen sind, wichtig sind und auch immer wichtiger werden, weil das Zusammenleben auch mit immer mehr Fragestellungen verbunden ist. Aus diesem Grund verstehe ich schon gar nicht vor dem Hintergrund, dass eigentlich alle immer für Partizipation eintreten, dass wir gerade so ein Gremium, das gut objektivieren kann, gute Unterstützung anbieten kann und auch für die Vernetzung extrem wichtig sein könnte, weil so kennen wir das aus anderen Beiräten, abgelehnt wird. Also bitte das wirklich noch einmal zu überdenken. Danke (Appl.).

**GR Ammerer:**

Nun, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Bürgermeisterin, werte Zuseher:innen im Livestream. Ich erlaube mir als ehemaliger Bezirksvertreter, so wie der Kollege Pascuttini, und als ehemaliger Bezirksvorsteher im Gries halt auch ein paar Dinge zurechtzurücken. Zum einen, das Friedensbüro leistet, wie die Kollegin Unger schon gesagt, hervorragende Arbeit, nur weil nicht rauskommt, was sich der Kollege

Pascuttini erwartet hat, heißt das nicht, dass es gescheitert ist. Ein Friedensbüro, das Institutionen mit Anzeigen eindeckt, wäre doch ziemlich orwellesk. Weiters, die Bezirksräte waren ja schon in der vorherigen Periode in diesem Prozess der Förderungen der Stadtteilarbeit eingebunden, indem wir am Ende der SIBET-Anträge einen Beschluss fassen mussten, wo wir der Förderung zugestimmt haben, oder eben nicht. De facto ist das so erledigt worden, zumindest im Bezirksrat, wo ich war, dass wir alle Anträge ungeschaut mit Ja beurteilt haben, weil wir diese zusätzliche bürokratische Schleife, die hier für wichtige Fördersummen, Fördergelder eingezogen wird, nicht belasten wollten und vor allem die Stadtteilarbeit in jeder Form unterstützen. Des Weiteren entscheidet der Bezirksrat ja auch nicht mit, die Entscheidung fällt wo anders, es ist also keine Einbeziehung des Bezirkrates, sondern höchstens der Schein dessen. Da kann man nicht von einer tatsächlichen Aufwertung von Bezirksdemokratie sprechen, wenn ein Statement eingeholt wird, dass im Endeffekt wurscht ist. Und genau deshalb haben wir das auch so gehandelt in unserem Bezirk, dass wir die Dinge ohne Diskussion alle durchgeschickt haben. Von Misstrauen gegen Bezirke zu sprechen, gegen die Bezirksräte zu sprechen, weil man eine bürokratische Schleife, die für wichtige soziale Arbeit an sozialen Hotspots, wo es nötig ist, hier von Misstrauen zu sprechen, wenn man die Bezirksräte nicht einbezieht in diese Entscheidung, wo sie gar keinen Einfluss darauf haben, ist, und verzeihen Sie mir, das ist abstrus und das ist eine Wortwahl, die einfach der Sachlichkeit der Debatte nicht dienlich ist. In unserem Bezirk, wo viel Stadtteilarbeit passiert, sind die Bezirksräte nämlich immer in engstem Kontakt mit den Stadtteilzentren, die sind in jedes Projekt eingebunden. Und ich nehme zu Kenntnis ...

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Wenn man etwas neu macht, sollte man es besser machen und nicht schlechter.*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Am Wort ist der Herr Gemeinderat Ammerer.*

**GR Ammerer:**

Danke, Frau Vorsitzende. Ich nehme zur Kenntnis, dass man bei der ÖVP anscheinend glaubt, dass die Bezirksräte nur arbeiten, wenn man ihnen das direkt anschafft. Tatsächlich ist es aber so, dass die ständig in engster Kooperation mit den Stadtteilzentren arbeiten und so wird das auch weiter bleiben, und das wird gut sein. Und ich finde es, ehrlich gesagt, sonderbar, dass die zwei Parteien, die sich in der letzten Amtsperiode redlich bemüht haben, die Stadtteilarbeit zu zerschlagen, sich jetzt hier hinstellen und von Bezirksdemokratie reden und sich als Retter der Stadtteilarbeit gerieren, das macht keinen Sinn, das geht sich nicht aus (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, nur zur tatsächlichen Berichtigung, was die Frau Wutte gesagt hat. Das Nachbarschaftszentrum Café Jakomini, jawohl, der ehemalige Bezirksvorsteher Strobl hat sich dort eingebracht, war aber nie im Vorstand, das muss man wirklich ganz klar sagen. Der hat sich dort ehrenamtlich eingebracht, so wie ich mich auch ehrenamtlich eingebracht habe im Stadtteilzentrum Triester, aber wir waren nie im Vorstand, weder er noch ich. Also das muss man ganz klar sagen, Kollege Strobl, ehemaliger Bezirksvorsteher, Bezirk Jakomini, war immer ein sehr wertvolles Mitglied, hat sich ehrenamtlich eingebracht im Nachbarschaftszentrum Café Jakomini, war aber nie im Vorstand. Ich wollte das nur zur tatsächlichen Berichtigung noch einmal sagen.

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:**

Eine schwierige Aufgabe, weil es muss ja irgendwie sehr sachlich sein und sich auf den Antrag und den Betreff vom Stück irgendwie beziehen. Aber, wichtig ist, dass ich noch

einmal hervorstreichen möchte, wie wichtig einfach die Erarbeitung der Kriterien für die Stadtteilarbeit sind. Also diese Richtlinie ist ganz, ganz wichtig, und es schließt im Prinzip mit ein, dass auch der Kontakt und der Austausch, die Information mit den Bezirksräten und -rätinnen, die ist gegeben. Also ich halte es nicht für zielführend, dann aufgrund dieser super ausgearbeiteten Kriterien jetzt ein gegeneinander Auspielen in der Argumentation einzubringen. Es sind die Kriterien der Stadtteilarbeit genau definiert und man muss Stadtteilarbeit niederschwellig und mit verschiedenen Überlegungen, Zielrichtungen, Nachbarschaft einbeziehen, wie auch immer, das kann man in den Richtlinien auf alle Fälle herauslesen. Und nichts steht in den Richtlinien drinnen, das sich gegen die Bezirksratsebene richtet, und für mich ist die Verbesserung eindeutig zur letzten Periode mit der Erarbeitung dieser Richtlinien gegeben. Es gibt eine Förderung und die Förderhöhe sind festgelegt, und es bedarf für mich auch keines Beirates, eines zusätzlichen Beirates, weil aus meiner Sicht, man dem Friedensbüro für ihr aktives Engagement sehr danken muss, weil die im Prinzip ja durchaus auch die qualitätsvolle Arbeit, den Austausch und Informationsaustausch und das auch tatsächlich irgendwie auf alle Fälle absichert. Und man darf im Prinzip, aus meiner Sicht, Projekte, die das Friedensbüro betreibt, wie Navas, nicht automatisch irgendwie jetzt mit dem Bereich verbinden und verknüpfen. Sie haben Erfahrungen, ja, und diese Erfahrungen haben sich in den Richtlinien quasi jetzt auch niedergeschlagen, in enger Zusammenarbeit mit denen, die vor Ort Stadtteilarbeit machen. Aber ein gegenseitiges Auspielen macht keinen Sinn, weil die Einzigen, für die das wichtig ist, ist die Bevölkerung vor Ort, die mit unterschiedlichen Problemstellungen, Wünschen, Erwartungshaltungen entsprechend auch kommen müssen. Und der Bezirksrat, ich war auch einmal Bezirksrätin vor vielen Jahren, hat einen anderen, einen wichtigen Stellenwert und der Kontakt und der Austausch ist wichtig, und beides hat für mich einen wesentlichen Stellenwert. Aber nachdem ich ja beim Schlusswort bin, wollte ich eben nur noch einmal das kurz hervorstreichen und sagen, wie notwendig das ist, dass wir jetzt diesen Kriterien in diesem Stück, die erarbeitet worden sind, eine Zustimmung geben. Und alles, was an Kritik noch aufgegriffen, steht alles in den Richtlinien; also für mich ist das jetzt irgendwie wichtig, und im Ausschuss hat es ja auch im Vorfeld eine

Zustimmung von allen gegeben und das hoffe ich natürlich, auf das Stück bezogen, dass das auch jetzt passieren wird (*Appl.*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Potzinger**

**7.13 Stk. 10) A8/4-136157/2021  
WG-39853/2016/0060**

**Sonderwohnbauprogramm  
Kasernstraße/Trattenweg städt.  
Gdst. Nr. 2147/8, EZ 2609, KG 63106  
Jakomini, im Ausmaß von 5.544 m<sup>2</sup>**

- 1. Einräumung eines Baurechtes ab  
1.6.2022 auf die Dauer von 60 Jahren  
für die Errichtung von ca. 80  
Wohnungen mit städtischem  
Einweisungsrecht,**
- 2. Abschluss einer Vereinbarung mit  
Wohnen Graz, Grundsatzbeschluss,  
Antrag auf Zustimmung**

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren. Ich darf ein Stück berichten, wo ich auf großen Konsens und wenig Widerspruch hoffen darf. Es geht um ein schönes Bauprojekt, und zwar im Kreuzungsbereich Kasernstraße, Trattenweg, ca. 5.500 m<sup>2</sup>, wo rund 80 Gemeindewohnungen entstehen sollen, erfreulicherweise auch unter Einbeziehung eines Nahversorgers im Erdgeschoss, wichtiges Element. Es gilt jetzt zu beschließen, dass die Stadt Graz der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft ENW in der Theodor-Körner-Straße auf Dauer von 60 Jahren ein Baurecht im Sinne des vorliegenden Vertrages einräumt, das es auch zur Errichtung dieses Nahversorgers kommt, die Wohnungen von uns zugewiesen werden können an Damen und Herren, die sie dringend brauchen. Und ich darf eben hier einmal Bericht erstatten, freue mich, dass Kollege Topf auch noch fachkundig das Stück kommentieren wird. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadt Graz räumt der ENW Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m.b.H., Theodor-Körner-Straße 120, 8010 Graz, an dem Gdst. Nr. 2147/8, KG Jakomini, ab 1.6.2022 auf die Dauer von 60 Jahren ein Baurecht im Sinne des beiliegenden Vertrages und der Zusatzvereinbarung zur Errichtung von ca. 80 Wohnungen und einer Einheit für einen Nahversorger im Erdgeschoss ein. Zwischen der ENW und Wohnen Graz wird als Ergänzung zum Baurechtsvertrag die beiliegende Vereinbarung für das Bauvorhaben Kasernstraße/Trattenweg abgeschlossen.*

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, mir ist es ganz wichtig, zu dem Stück noch einen fachlichen Zusatz vorbringen zu dürfen. Nämlich, es geht ja um ein großes Bauvorhaben, wo wir im Zuge der Bebauungsplandiskussion des Verfahrens ganz klar festgehalten haben, und du warst ja selbst in den Diskussionen bei der Heimgartenanlage dabei, dass wir, wenn es jetzt losgeht mit dem Bau, unbedingt auch die Frage des Gehsteiges und des Radweges in der Kasernstraße lösen müssen. Das ist nämlich insofern wichtig, weil ja gerade aus diesem Bebauungsplangebiet auch sozusagen die Zufahrt zur Tiefgarage möglicherweise über den neu anzulegenden Gehsteig und über den neu anzulegenden Radweg führen wird, also bitte, ganz wichtig, möglichst sozusagen hier auch die Planung voranzutreiben, insbesondere auch die Umsetzung, das sollte ja Hand in Hand gehen, nämlich des Gehsteiges und des Radweges in der Kasernstraße. Es geht ja hier auch, dass wir in der Heimgartenanlage Grundstücke sozusagen auch möglicherweise in Anspruch nehmen müssen, ganz sicher in Anspruch nehmen müssen, zum Teil auch als Ersatzflächen finden müssen. Aber es ist ganz wichtig jetzt, konkret auf dieses Projekt bezogen, dass wir im Bereich der Planung und der Umsetzung des Gehsteiges und des Radweges in der Kasernstraße ein Stück weiterkommen, weil das auch sozusagen ein wesentlicher Punkt in der Beschlussfassung für die Bebauungsplanung war. Da bitte ich einfach darum, dass das sehr engagiert jetzt fortgesetzt bzw. in Angriff genommen wird (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Ich kenne die Diskussionen und genau, das stimmt, das ist der Wunsch, wie im Übrigen auch, du weißt es, die Kollegin Heuberger, die ist ja nicht mehr im Gemeinderat ...

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Ich darf sie vertreten.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Also diese Diskussionen sind dann im entsprechenden Planungsausschuss zu führen natürlich und auch im Verkehrsausschuss. Das ist ja ein Stück von Wohnen Graz, weil es eben um die Gemeindewohnungen geht. Erinnern möchte ich nur daran, dass wir auch das Grundstück, diese Parkanlage dort, auch Wohnen Graz gekauft hat, also diese Mittel, ein Satz kommt von Wohnen Graz, und insofern ist es natürlich auch in unserem Interesse. Aber wie gesagt, da müssen wir sowieso alle Abteilungen zusammentun, dass hier natürlich eine gute Lösung für die Bewohner:innen, aber auch für die künftigen Nutzer:innen dieser Parkanlage ist und alle Abteilungen halt auch natürlich einbezogen werden. Aber da geht es auch um die Durchwegungsproblematik in der Heimgartenanlage, das kann ich Ihnen, liebe Kolleg:innen, jetzt schon ankündigen, dass das ein Thema sein wird und natürlich auch ist.

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Kurz und bündig, ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).**

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14, das ist der letzte im öffentlichen Teil, zur Aktualisierung und Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung und Berichterstatter ist der Herr Stadtrat Riegler, der aber nicht da ist. Was machen wir jetzt?

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Da müssten wir jetzt die ordentliche Tagesordnung unterbrechen, weil Berichterstatter ist der Herr Stadtrat. Oder würde sonst jemand aus dem Ausschuss dieses Stück übernehmen? Es geht um die Aktualisierung und Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung.

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Passt, Herr Gemeinderat Piffl-Percevic übernimmt die Berichterstattung für den Herrn Stadtrat.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Das Gemeinderatsstück haben Sie?

**Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic**

**7.14 Stk. 14) A16-035471/2022/0003      Aktualisierung u. Änderung der  
Benutzungs-/Gebührenordnung**

**GR Dr. Piffli-Percevic:**

Wir haben das im Kulturausschuss behandelt. Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, ich glaube, wir kriegen das hin (*Appl.*).

Ich danke, dass ich das Stück jetzt auch habe. Im Kulturausschuss hatten wir das zur Beratung, leider ist der Anlass der Angriffskrieg mitten in Europa. Und es sind mittlerweile schon, ich glaube, über 50.000 Menschen auch nach Österreich geflohen. Und die Stadtbibliotheken, die Kulturabteilung, hat sich die Richtlinien für die Verleihung von Objekten aus der Stadtbibliothek angeschaut und hat Handlungsbedarf gesehen, dass für diese Flüchtlinge die Gebühren sinnvollerweise zu erlassen sind. Und dabei auch natürlich gesehen, dass das nicht nur für die Geflüchteten aus der Ukraine gilt, sondern für alle, die in derselben rechtlichen Situation sind. Und ich möchte da jetzt keine gar zynischen Worte finden, aber ich glaube, es eignet sich dieses Stück auch als Musterbeispiel, und ich danke auch der Beamtschaft, die das aufgegriffen hat und den Kulturreferenten, der das sofort ebenfalls politisch aufgegriffen hat, dass hier wirklich eine richtungsweisende Lösung gefunden werden konnte. Ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

Ich habe doch gesagt, wir kriegen das hin.

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Konventionsflüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Kriegsvertriebene aus der Ukraine sollen von der Jahresgebühr befreit werden.*

2. *Den Änderungen und Aktualisierungen der Benutzungsordnung sowie der integrierten Gebührenordnung der Stadtbibliothek wird zugestimmt. Diese tritt ab 1. Juni 2022 in der aktuellen Version in Kraft.*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Ich möchte nur das wiederholen, was ich schon im Ausschuss gesagt habe. Ich möchte dem Stadtrat und der Abteilung und den Bibliotheken für dieses wirklich schöne und wichtige Stück danken. Und ich freue mich, dass das jetzt möglich geworden ist, was eigentlich schon lange gemacht gehört hätte, denn alle geflüchteten Menschen lesen gerne, egal, wo sie herkommen (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Bitte um Entschuldigung, ich war der Meinung, ich hätte die Berichterstattung nämlich abgegeben an die Kollegin, weil ich jetzt gerade einen Termin oben habe und deswegen bitte um Entschuldigung, dass ich hier jetzt zu spät gekommen bin. Natürlich war uns wichtig im Kulturamt, dass wir dieses Thema, nämlich die Flucht von Menschen aus der Ukraine, aber eben auch von anderen Geflüchteten, eben auch so zu lösen, dass man tatsächlich hilft, wo man helfen kann und dass eben auch ein Zugang zu Bibliotheken möglich ist. So weit mein Informationsstand davor ist jener, dass man für Kinder und Jugendliche ohnedies einen Gratiszugang hatte, aber jetzt ist hiermit auch die Ermöglichung gegeben, dass eben auch Menschen, die geflüchtet sind, auch Erwachsene, tatsächlich die Stadtbibliotheken in Anspruch nehmen können und das ist auf jeden Fall gut so, und das tut mir Leid, wenn das bisher in den letzten Jahren noch nicht so weit war, aber jetzt ist es auf jeden Fall so weit. Dankeschön (*Appl.*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Ende Tagesordnung: 15.50 Uhr.***